

Prova A33_SUP

Scienze e tecnologie aeronautiche

Domande a risposta aperta

Quesito 1 - Il sistema RADAR in ambito aeronautico

Il/la candidato/a collochi l'argomento oggetto del quesito nell'ambito di una progettazione disciplinare curriculare e individui le competenze minime che l'alunno/a deve conseguire al termine del modulo o unità di apprendimento.

Quesito 2 - Procedure strumentali

Il/la candidato/a descriva, per l'argomento oggetto del quesito, gli strumenti didattici comprensivi anche di sussidi tecnologici e le strategie metodologiche messe in atto per ottimizzare l'apprendimento da parte degli/delle alunni/e, nonché l'organizzazione di una eventuale azione di recupero delle conoscenze.

Quesito 3 - Navigazione ortodromica

Il/la candidato/a fornisca, per l'argomento oggetto del quesito, una panoramica di tipologie di prove di verifica che ritiene appropriate e, se previste, anche di prove di laboratorio ed i criteri di valutazione adottati in tali prove.

Quesito 4 - Metodi cartografici

Il/la candidato/a collochi l'argomento oggetto del quesito nell'ambito di una progettazione disciplinare curriculare e individui le competenze minime che l'alunno/a deve conseguire al termine del modulo o unità di apprendimento.

Quesito 5 - Fenomeni pericolosi per il volo

Il/la candidato/a descriva, per l'argomento oggetto del quesito, gli strumenti didattici comprensivi anche di sussidi tecnologici e le strategie metodologiche messe in atto per ottimizzare l'apprendimento da parte degli/delle alunni/e, nonché l'organizzazione di una eventuale azione di recupero delle conoscenze.

Quesito 6 - Struttura del velivolo

Il/la candidato/a indichi, per l'argomento oggetto del quesito nell'ambito di una progettazione disciplinare curriculare, le strategie adottabili per prevenire l'abbandono scolastico di alunni/e che manifestano scarsa motivazione e/o disagio.

Domande a risposta multipla - DE

Quesito 7 Domanda A - Lesen Sie den folgenden Text und beantworten Sie ausschließlich auf der Grundlage des Textes die folgende Frage, indem Sie die richtige Antwort ankreuzen. Nur eine Antwort ist korrekt.

*Integration statt Parallelität
Türken rein!*

Türkischer Wahlkampf in Deutschland? Vergesst Verbote und Polizeieinsätze. Kümmert euch lieber um mehr Integration und schafft die doppelte Staatsbürgerschaft wieder ab.

Wahlhelfer Erdogan: Die wirre Politik des türkischen Präsidenten gab den niederländischen Rechtsliberalen Gelegenheit, sich wilder als Wilders zu benehmen: berittene Polizei, Wasserwerfer, Flugzeuge, denen die Landung verwehrt wird, blockierte Autokonvois. Aus solchen Szenen sind früher Kriege entstanden. Höchste Zeit, solchem Wahnsinn die Wurzel zu ziehen.

Es gibt nur einen Weg, zu verhindern, dass der politische Streit des Auslands hier ausgetragen wird: die Einbürgerung der Migranten. Mit allen Rechten und allen Pflichten.

Jetzt wurde in den Niederlanden also mit rechtspopulistischer Politik der Sieg der Rechtspopulisten verhindert - und alle loben das als Sieg der Demokratie. Die Dialektik der europäischen Politik ist manchmal schwer zu verstehen. Zum Glück war unsere Kanzlerin bislang so cool, dass neben ihr ein Eisbär frieren würde. Ihre Unbeleidigbarkeit macht Merkel stark. Aber flattern selbst unserer Bundesregierung jetzt die Nerven? Plötzlich sagt Merkels rechte Hand, der Kanzleramtschef Peter Altmaier, so einen Satz: „Auch Deutschland hat eine Ehre!“ Unsinn.

Staaten sind keine Gardeoffiziere, denen an Satisfaktion gelegen ist. Wer sich provozieren lässt, bietet dafür offenbar Anlass. Warum ist Deutschland für Erdogan als Wahlkampf-Arena interessant? Weil hier rund 1,4 Millionen wahlberechtigte türkische Staatsbürger leben.

Dieser Zustand ist mehr als ein halbes Jahrhundert nach dem deutsch-türkischen Anwerbeabkommen der eigentliche Skandal. Das Einwanderungsland Deutschland sollte schleunigst für Abhilfe sorgen.

Der erste notwendige Schritt: Weg mit dem Doppelpass! Er trägt zur Integration nichts bei und war ein gut gemeinter Irrtum. Eine demokratische Ungerechtigkeit ist er obendrein: In der Demokratie sollte auch der Doppelstaatler nur über eine Wahlstimme verfügen.

Der Doppelpass kann das Leben bequemer machen

In der „Welt“ hat Alan Posener vorgeschlagen, das Wahlrecht an den Wohnort zu binden. Gute Idee.

Voraussetzung dafür ist aber die bereitwillige Kooperation gleichgesinnter Staaten. Innerhalb Europas wäre das vielleicht vorstellbar.

**Aus: <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/tuerken-rein-doppelte-staatsbuergerschaft-weg-dafuer-mehr-integration-kolumne-a-1139081.html>
[27.04.2017]**

dem Wahnsinn die Wurzel zu ziehen bedeutet in diesem Kontext:

- a) dem Wahnsinn keine Aufmerksamkeit zu schenken.
- b) dem Wahnsinn entgegenzutreten.
- c) den Wahnsinn zu übersehen.
- d) den Wahnsinn von Grund auf zu eliminieren.

Quesito 7 Domanda B - Lesen Sie den folgenden Text und beantworten Sie ausschließlich auf der Grundlage des Textes die folgende Frage, indem Sie die richtige Antwort ankreuzen. Nur eine Antwort ist korrekt.

*Integration statt Parallelität
Türken rein!*

Türkischer Wahlkampf in Deutschland? Vergesst Verbote und Polizeieinsätze. Kümmert euch lieber um mehr Integration und schafft die doppelte Staatsbürgerschaft wieder ab.

Wahlhelfer Erdogan: Die wirre Politik des türkischen Präsidenten gab den niederländischen Rechtsliberalen Gelegenheit, sich wilder als Wilders zu benehmen: berittene Polizei, Wasserwerfer, Flugzeuge, denen die Landung verwehrt wird, blockierte Autokonvois. Aus solchen Szenen sind früher Kriege entstanden. Höchste Zeit, solchem Wahnsinn die Wurzel zu ziehen.

Es gibt nur einen Weg, zu verhindern, dass der politische Streit des Auslands hier ausgetragen wird: die Einbürgerung der Migranten. Mit allen Rechten und allen Pflichten.

Jetzt wurde in den Niederlanden also mit rechtspopulistischer Politik der Sieg der Rechtspopulisten verhindert - und alle loben das als Sieg der Demokratie. Die Dialektik der europäischen Politik ist manchmal schwer zu

verstehen. Zum Glück war unsere Kanzlerin bislang so cool, dass neben ihr ein Eisbär frieren würde. Ihre Unbeleidigbarkeit macht Merkel stark. Aber flattern selbst unserer Bundesregierung jetzt die Nerven? Plötzlich sagt Merkels rechte Hand, der Kanzleramtschef Peter Altmaier, so einen Satz: „Auch Deutschland hat eine Ehre!“ Unsinn.

Staaten sind keine Gardeoffiziere, denen an Satisfaktion gelegen ist. Wer sich provozieren lässt, bietet dafür offenbar Anlass. Warum ist Deutschland für Erdogan als Wahlkampf-Arena interessant? Weil hier rund 1,4 Millionen wahlberechtigte türkische Staatsbürger leben.

Dieser Zustand ist mehr als ein halbes Jahrhundert nach dem deutsch-türkischen Anwerbeabkommen der eigentliche Skandal. Das Einwanderungsland Deutschland sollte schleunigst für Abhilfe sorgen.

Der erste notwendige Schritt: Weg mit dem Doppelpass! Er trägt zur Integration nichts bei und war ein gut gemeinter Irrtum. Eine demokratische Ungerechtigkeit ist er obendrein: In der Demokratie sollte auch der Doppelstaatler nur über eine Wahlstimme verfügen.

Der Doppelpass kann das Leben bequemer machen

In der „Welt“ hat Alan Posener vorgeschlagen, das Wahlrecht an den Wohnort zu binden. Gute Idee.

Voraussetzung dafür ist aber die bereitwillige Kooperation gleichgesinnter Staaten. Innerhalb Europas wäre das vielleicht vorstellbar.

**Aus: <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/tuerken-rein-doppelte-staatsbuergerschaft-weg-dafuer-mehr-integration-kolumne-a-1139081.html>
[27.04.2017]**

Der Journalist Alan Posener plädiert dafür, ...

- a) ... dass man nur am Wohnort wählen darf.
- b) ... dass man in zwei Staaten wählen darf.
- c) ... dass man nur am Geburtsort wählen darf.
- d) ... dass man überall wählen kann.

Quesito 7 Domanda C - Lesen Sie den folgenden Text und beantworten Sie ausschließlich auf der Grundlage des Textes die folgende Frage, indem Sie die richtige Antwort ankreuzen. Nur eine Antwort ist korrekt.

Integration statt Parallelität

Türken rein!

Türkischer Wahlkampf in Deutschland? Vergesst Verbote und Polizeieinsätze. Kümmert euch lieber um mehr Integration und schafft die doppelte Staatsbürgerschaft wieder ab.

Wahlhelfer Erdogan: Die wirre Politik des türkischen Präsidenten gab den niederländischen Rechtsliberalen Gelegenheit, sich wilder als Wilders zu benehmen: berittene Polizei, Wasserwerfer, Flugzeuge, denen die Landung verwehrt wird, blockierte Autokonvois. Aus solchen Szenen sind früher Kriege entstanden. Höchste Zeit, solchem Wahnsinn die Wurzel zu ziehen.

Es gibt nur einen Weg, zu verhindern, dass der politische Streit des Auslands hier ausgetragen wird: die Einbürgerung der Migranten. Mit allen Rechten und allen Pflichten.

Jetzt wurde in den Niederlanden also mit rechtspopulistischer Politik der Sieg der Rechtspopulisten verhindert - und alle loben das als Sieg der Demokratie. Die Dialektik der europäischen Politik ist manchmal schwer zu verstehen. Zum Glück war unsere Kanzlerin bislang so cool, dass neben ihr ein Eisbär frieren würde. Ihre Unbeleidigbarkeit macht Merkel stark. Aber flattern selbst unserer Bundesregierung jetzt die Nerven? Plötzlich sagt Merkels rechte Hand, der Kanzleramtschef Peter Altmaier, so einen Satz: „Auch Deutschland hat eine Ehre!“ Unsinn.

Staaten sind keine Gardeoffiziere, denen an Satisfaktion gelegen ist. Wer sich provozieren lässt, bietet dafür offenbar Anlass. Warum ist Deutschland für Erdogan als Wahlkampf-Arena interessant? Weil hier rund 1,4 Millionen wahlberechtigte türkische Staatsbürger leben.

Dieser Zustand ist mehr als ein halbes Jahrhundert nach dem deutsch-türkischen Anwerbeabkommen der eigentliche Skandal. Das Einwanderungsland Deutschland sollte schleunigst für Abhilfe sorgen.

Der erste notwendige Schritt: Weg mit dem Doppelpass! Er trägt zur Integration nichts bei und war ein gut gemeinter Irrtum. Eine demokratische Ungerechtigkeit ist er obendrein: In der Demokratie sollte auch der Doppelstaatler nur über eine Wahlstimme verfügen.

Der Doppelpass kann das Leben bequemer machen

In der „Welt“ hat Alan Posener vorgeschlagen, das Wahlrecht an den Wohnort zu binden. Gute Idee.

Voraussetzung dafür ist aber die bereitwillige Kooperation gleichgesinnter Staaten. Innerhalb Europas wäre das vielleicht vorstellbar.

**Aus: <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/tuerken-rein-doppelte-staatsbuergerschaft-weg-dafuer-mehr-integration-kolumne-a-1139081.html>
[27.04.2017]**

Der türkische Präsident wirbt auch in Deutschland um Stimmen, ...

- a) ... da alle Deutschen mit türkischen Großeltern in der Türkei wählen dürfen.
- b) ... da er alle Deutschtürken auf seiner Seite hat.
- c) ... da die Deutschtürken sowohl in Deutschland als auch in der Türkei wählen.
- d) ... da es in Deutschland viele Deutschtürken gibt, die berechtigt sind, in der Türkei zu wählen.

Quesito 7 Domanda D - Lesen Sie den folgenden Text und beantworten Sie ausschließlich auf der Grundlage des Textes die folgende Frage, indem Sie die richtige Antwort ankreuzen. Nur eine Antwort ist korrekt.

*Integration statt Parallelität
Türken rein!*

Türkischer Wahlkampf in Deutschland? Vergesst Verbote und Polizeieinsätze. Kümmert euch lieber um mehr Integration und schafft die doppelte Staatsbürgerschaft wieder ab.

Wahlhelfer Erdogan: Die wirre Politik des türkischen Präsidenten gab den niederländischen Rechtsliberalen Gelegenheit, sich wilder als Wilders zu benehmen: berittene Polizei, Wasserwerfer, Flugzeuge, denen die Landung verwehrt wird, blockierte Autokonvois. Aus solchen Szenen sind früher Kriege entstanden. Höchste Zeit, solchem Wahnsinn die Wurzel zu ziehen.

Es gibt nur einen Weg, zu verhindern, dass der politische Streit des Auslands hier ausgetragen wird: die Einbürgerung der Migranten. Mit allen Rechten und allen Pflichten.

Jetzt wurde in den Niederlanden also mit rechtspopulistischer Politik der Sieg der Rechtspopulisten verhindert - und alle loben das als Sieg der Demokratie. Die Dialektik der europäischen Politik ist manchmal schwer zu verstehen. Zum Glück war unsere Kanzlerin bislang so cool, dass neben ihr ein Eisbär frieren würde. Ihre Unbeleidigbarkeit macht Merkel stark. Aber flattern selbst unserer Bundesregierung jetzt die Nerven? Plötzlich sagt Merkels rechte Hand, der Kanzleramtschef Peter Altmaier, so einen Satz: „Auch Deutschland hat eine Ehre!“ Unsinn.

Staaten sind keine Gardeoffiziere, denen an Satisfaktion gelegen ist. Wer sich provozieren lässt, bietet dafür offenbar Anlass. Warum ist Deutschland für Erdogan als Wahlkampf-Arena interessant? Weil hier rund 1,4 Millionen wahlberechtigte türkische Staatsbürger leben.

Dieser Zustand ist mehr als ein halbes Jahrhundert nach dem deutsch-türkischen Anwerbeabkommen der

eigentliche Skandal. Das Einwanderungsland Deutschland sollte schleunigst für Abhilfe sorgen. Der erste notwendige Schritt: Weg mit dem Doppelpass! Er trägt zur Integration nichts bei und war ein gut gemeinter Irrtum. Eine demokratische Ungerechtigkeit ist er obendrein: In der Demokratie sollte auch der Doppelstaatler nur über eine Wahlstimme verfügen. Der Doppelpass kann das Leben bequemer machen In der „Welt“ hat Alan Posener vorgeschlagen, das Wahlrecht an den Wohnort zu binden. Gute Idee. Voraussetzung dafür ist aber die bereitwillige Kooperation gleichgesinnter Staaten. Innerhalb Europas wäre das vielleicht vorstellbar.

**Aus: <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/tuerken-rein-doppelte-staatsbuergerschaft-weg-dafuer-mehr-integration-kolumne-a-1139081.html>
[27.04.2017]**

Im Artikel wird die Meinung vertreten, dass ...

- a) ... die doppelte Staatsbürgerschaft abgeschafft werden sollte.
- b) ... die Deutschtürken in die Türkei zurückkehren müssen.
- c) ... die Deutschtürken eine Gefahr für die Türkei darstellen.
- d) ... die Türken auszuweisen sind.

Quesito 7 Domanda E - Lesen Sie den folgenden Text und beantworten Sie ausschließlich auf der Grundlage des Textes die folgende Frage, indem Sie die richtige Antwort ankreuzen. Nur eine Antwort ist korrekt.

*Integration statt Parallelität
Türken rein!*

Türkischer Wahlkampf in Deutschland? Vergesst Verbote und Polizeieinsätze. Kümmert euch lieber um mehr Integration und schafft die doppelte Staatsbürgerschaft wieder ab.
Wahlhelfer Erdogan: Die wirre Politik des türkischen Präsidenten gab den niederländischen Rechtsliberalen Gelegenheit, sich wilder als Wilders zu benehmen: berittene Polizei, Wasserwerfer, Flugzeuge, denen die Landung verwehrt wird, blockierte Autokonvois. Aus solchen Szenen sind früher Kriege entstanden. Höchste Zeit, solchem Wahnsinn die Wurzel zu ziehen.
Es gibt nur einen Weg, zu verhindern, dass der politische Streit des Auslands hier ausgetragen wird: die Einbürgerung der Migranten. Mit allen Rechten und allen Pflichten.
Jetzt wurde in den Niederlanden also mit rechtspopulistischer Politik der Sieg der Rechtspopulisten verhindert - und alle loben das als Sieg der Demokratie. Die Dialektik der europäischen Politik ist manchmal schwer zu verstehen. Zum Glück war unsere Kanzlerin bislang so cool, dass neben ihr ein Eisbär frieren würde. Ihre Unbeleidigbarkeit macht Merkel stark. Aber flattern selbst unserer Bundesregierung jetzt die Nerven? Plötzlich sagt Merckels rechte Hand, der Kanzleramtschef Peter Altmaier, so einen Satz: „Auch Deutschland hat eine Ehre!“ Unsinn.
Staaten sind keine Gardeoffiziere, denen an Satisfaktion gelegen ist. Wer sich provozieren lässt, bietet dafür offenbar Anlass. Warum ist Deutschland für Erdogan als Wahlkampf-Arena interessant? Weil hier rund 1,4 Millionen wahlberechtigte türkische Staatsbürger leben.
Dieser Zustand ist mehr als ein halbes Jahrhundert nach dem deutsch-türkischen Anwerbeabkommen der eigentliche Skandal. Das Einwanderungsland Deutschland sollte schleunigst für Abhilfe sorgen. Der erste notwendige Schritt: Weg mit dem Doppelpass! Er trägt zur Integration nichts bei und war ein gut gemeinter Irrtum. Eine demokratische Ungerechtigkeit ist er obendrein: In der Demokratie sollte auch der Doppelstaatler nur über eine Wahlstimme verfügen.

Der Doppelpass kann das Leben bequemer machen

In der „Welt“ hat Alan Posener vorgeschlagen, das Wahlrecht an den Wohnort zu binden. Gute Idee.

Voraussetzung dafür ist aber die bereitwillige Kooperation gleichgesinnter Staaten. Innerhalb Europas wäre das vielleicht vorstellbar.

**Aus: <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/tuerken-rein-doppelte-staatsbuergerschaft-weg-dafuer-mehr-integration-kolumne-a-1139081.html>
[27.04.2017]**

Doppelstaatler sind Personen, ...

- a) ... die in zwei Staaten wählen können.
- b) ... die 6 Monate in Deutschland und 6 Monate in der Türkei leben.
- c) ... die sich nicht für ein Land entscheiden können.
- d) ... die in zwei Staaten Steuern zahlen.

Quesito 8 Domanda A - Lesen Sie den folgenden Text und beantworten Sie ausschließlich auf der Grundlage des Textes die folgende Frage, indem Sie die richtige Antwort ankreuzen. Nur eine Antwort ist korrekt.

Deutschtürken

Debatte über den Doppelpass - das sind die Fakten

Die Welle der nationalen Erregung nach dem niedergeschlagenen Putschversuch in der Türkei hat auch viele Deutschtürken erfasst. Zehntausende demonstrierten in Köln für den autokratischen Kurs des türkischen Staatschefs Recep Tayyip Erdogan, den sie als „ihren Präsidenten“ hochleben lassen. Fühlen sich die Deutschtürken also eher der Türkei verpflichtet als der Bundesrepublik?

Dieses Denken geht davon aus, dass Identität ein Nullsummenspiel ist, jeder Mensch seinen Patriotismus und seine Loyalität also nur einem Staat geben kann. Loyalität lässt sich aber schwer messen und wiegen. Darum ein Blick auf die Fakten zur doppelten Staatsbürgerschaft:

Was sagen die Gesetze?

Bis zum Jahr 2000 war der Fall klar: Im Staatsangehörigkeitsgesetz von 1913 galt das Blutrecht. Deutscher war, wer einen deutschen Elternteil hatte. Für eine Einbürgerung musste man mindestens 15 Jahre in der Bundesrepublik gelebt haben.

Im Jahr 2000 wurde das Gesetz auf Initiative der rot-grünen Bundesregierung um das Geburtsortsprinzip ergänzt: Wenn ein Elternteil seit mindestens acht Jahren in Deutschland lebt und ein unbefristetes Aufenthaltsrecht genießt, erwirbt das Kind die deutsche Staatsangehörigkeit. Auch für eine Einbürgerung wurde die vorausgesetzte Aufenthaltsdauer in Deutschland von 15 auf acht Jahre gesenkt. Seit einer weiteren Reform 2008 müssen Einbürgerungskandidaten aber ausreichende Deutschkenntnisse nachweisen und einen Einbürgerungstest bestehen.

Umgekehrt gilt: Nimmt ein deutscher Staatsbürger eine weitere Staatsangehörigkeit an, verliert er in der Regel seine deutsche Staatsangehörigkeit.

Trotzdem ist Mehrstaatlichkeit Alltag in Deutschland. Denn Kinder, die einen deutschen und einen ausländischen Elternteil haben, erwerben in der Regel per Geburtsrecht beide Staatsangehörigkeiten - und können diese auch behalten. Gleiches gilt seit Ende 2014 auch für Kinder ausländischer Eltern, die seit mindestens acht Jahren in Deutschland leben. Mit dem Wegfall der sogenannten Optionspflicht müssen sich die Kinder seither nicht mehr zwischen dem 18. und 23. Lebensjahr für einen Pass entscheiden, wenn sie sich bis dahin acht Jahre in der Bundesrepublik aufgehalten haben.

Aus: <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/deuschtuerken-doppelte-staatsbuergerschaft-das-sind-die-fakten-a-1106363.html>
[27.04.2017]

Nach dem Putschversuch in der Türkei ...

- a) ... haben viele Deutschtürken keinen Respekt mehr vor dem deutschen Staat.
- b) ... haben viele Deutschtürken gegen den türkischen Präsidenten protestiert.
- c) ... haben viele Deutschtürken die Ausreise in die Türkei beantragt.
- d) ... fühlen sich viele Deutschtürken dem türkischen Präsidenten verbunden.

Quesito 8 Domanda B - Lesen Sie den folgenden Text und beantworten Sie ausschließlich auf der Grundlage des Textes die folgende Frage, indem Sie die richtige Antwort ankreuzen. Nur eine Antwort ist korrekt.

Deutschtürken

Debatte über den Doppelpass - das sind die Fakten

Die Welle der nationalen Erregung nach dem niedergeschlagenen Putschversuch in der Türkei hat auch viele Deutschtürken erfasst. Zehntausende demonstrierten in Köln für den autokratischen Kurs des türkischen Staatschefs Recep Tayyip Erdogan, den sie als „ihren Präsidenten“ hochleben lassen. Fühlen sich die Deutschtürken also eher der Türkei verpflichtet als der Bundesrepublik?

Dieses Denken geht davon aus, dass Identität ein Nullsummenspiel ist, jeder Mensch seinen Patriotismus und seine Loyalität also nur einem Staat geben kann. Loyalität lässt sich aber schwer messen und wiegen. Darum ein Blick auf die Fakten zur doppelten Staatsbürgerschaft:

Was sagen die Gesetze?

Bis zum Jahr 2000 war der Fall klar: Im Staatsangehörigkeitsgesetz von 1913 galt das Blutrecht. Deutscher war, wer einen deutschen Elternteil hatte. Für eine Einbürgerung musste man mindestens 15 Jahre in der Bundesrepublik gelebt haben.

Im Jahr 2000 wurde das Gesetz auf Initiative der rot-grünen Bundesregierung um das Geburtsortsprinzip ergänzt: Wenn ein Elternteil seit mindestens acht Jahren in Deutschland lebt und ein unbefristetes Aufenthaltsrecht genießt, erwirbt das Kind die deutsche Staatsangehörigkeit. Auch für eine Einbürgerung wurde die vorausgesetzte Aufenthaltsdauer in Deutschland von 15 auf acht Jahre gesenkt. Seit einer weiteren Reform 2008 müssen Einbürgerungskandidaten aber ausreichende Deutschkenntnisse nachweisen und einen Einbürgerungstest bestehen.

Umgekehrt gilt: Nimmt ein deutscher Staatsbürger eine weitere Staatsangehörigkeit an, verliert er in der Regel seine deutsche Staatsangehörigkeit.

Trotzdem ist Mehrstaatlichkeit Alltag in Deutschland. Denn Kinder, die einen deutschen und einen ausländischen Elternteil haben, erwerben in der Regel per Geburtsrecht beide Staatsangehörigkeiten - und können diese auch behalten. Gleiches gilt seit Ende 2014 auch für Kinder ausländischer Eltern, die seit mindestens acht Jahren in Deutschland leben. Mit dem Wegfall der sogenannten Optionspflicht müssen sich die Kinder seither nicht mehr zwischen dem 18. und 23. Lebensjahr für einen Pass entscheiden, wenn sie sich bis dahin acht Jahre in der Bundesrepublik aufgehalten haben.

Aus: <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/deuschtuerken-doppelte-staatsbuergerschaft-das-sind-die-fakten-a-1106363.html>

[27.04.2017]

Seit der Reform zur Einbürgerung im Jahr 2008 müssen alle KandidatInnen ...

- a) ... eine Deutschprüfung ablegen.
- b) ... beteuern, dass sie Deutsche werden wollen.
- c) ... nachweisen, dass sie der deutschen Sprache mächtig sind.
- d) ... nachweisen, dass sie die deutsche Verfassung auswendig gelernt haben.

Quesito 8 Domanda C - Lesen Sie den folgenden Text und beantworten Sie ausschließlich auf der Grundlage des Textes die folgende Frage, indem Sie die richtige Antwort ankreuzen. Nur eine Antwort ist korrekt.

Deutschtürken

Debatte über den Doppelpass - das sind die Fakten

Die Welle der nationalen Erregung nach dem niedergeschlagenen Putschversuch in der Türkei hat auch viele Deutschtürken erfasst. Zehntausende demonstrierten in Köln für den autokratischen Kurs des türkischen Staatschefs Recep Tayyip Erdogan, den sie als „ihren Präsidenten“ hochleben lassen. Fühlen sich die Deutschtürken also eher der Türkei verpflichtet als der Bundesrepublik?

Dieses Denken geht davon aus, dass Identität ein Nullsummenspiel ist, jeder Mensch seinen Patriotismus und seine Loyalität also nur einem Staat geben kann. Loyalität lässt sich aber schwer messen und wiegen. Darum ein Blick auf die Fakten zur doppelten Staatsbürgerschaft:

Was sagen die Gesetze?

Bis zum Jahr 2000 war der Fall klar: Im Staatsangehörigkeitsgesetz von 1913 galt das Blutrecht. Deutscher war, wer einen deutschen Elternteil hatte. Für eine Einbürgerung musste man mindestens 15 Jahre in der Bundesrepublik gelebt haben.

Im Jahr 2000 wurde das Gesetz auf Initiative der rot-grünen Bundesregierung um das Geburtsortsprinzip ergänzt: Wenn ein Elternteil seit mindestens acht Jahren in Deutschland lebt und ein unbefristetes Aufenthaltsrecht genießt, erwirbt das Kind die deutsche Staatsangehörigkeit. Auch für eine Einbürgerung wurde die vorausgesetzte Aufenthaltsdauer in Deutschland von 15 auf acht Jahre gesenkt. Seit einer weiteren Reform 2008 müssen Einbürgerungskandidaten aber ausreichende Deutschkenntnisse nachweisen und einen Einbürgerungstest bestehen.

Umgekehrt gilt: Nimmt ein deutscher Staatsbürger eine weitere Staatsangehörigkeit an, verliert er in der Regel seine deutsche Staatsangehörigkeit.

Trotzdem ist Mehrstaatlichkeit Alltag in Deutschland. Denn Kinder, die einen deutschen und einen ausländischen Elternteil haben, erwerben in der Regel per Geburtsrecht beide Staatsangehörigkeiten - und können diese auch behalten. Gleiches gilt seit Ende 2014 auch für Kinder ausländischer Eltern, die seit mindestens acht Jahren in Deutschland leben. Mit dem Wegfall der sogenannten Optionspflicht müssen sich die Kinder seither nicht mehr zwischen dem 18. und 23. Lebensjahr für einen Pass entscheiden, wenn sie sich bis dahin acht Jahre in der Bundesrepublik aufgehalten haben.

Aus: <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/deuschtuerken-doppelte-staatsbuergerschaft-das-sind-die-fakten-a-1106363.html>

[27.04.2017]

In Deutschland erhalten Kinder von einem deutschen und einem ausländischen Elternteil ...

- a) ... bei Geburt beide Staatsangehörigkeiten.
- b) ... bei Geburt nur die deutsche Staatsangehörigkeit.
- c) ... nach dem 15. Lebensjahr beide Staatsangehörigkeiten.
- d) ... 8 Jahre nach der Geburt beide Staatsangehörigkeiten.

Quesito 8 Domanda D - Lesen Sie den folgenden Text und beantworten Sie ausschließlich auf der Grundlage des Textes die folgende Frage, indem Sie die richtige Antwort ankreuzen. Nur eine Antwort ist korrekt.

Deutschtürken

Debatte über den Doppelpass - das sind die Fakten

Die Welle der nationalen Erregung nach dem niedergeschlagenen Putschversuch in der Türkei hat auch viele Deutschtürken erfasst. Zehntausende demonstrierten in Köln für den autokratischen Kurs des türkischen Staatschefs Recep Tayyip Erdogan, den sie als „ihren Präsidenten“ hochleben lassen. Fühlen sich die Deutschtürken also eher der Türkei verpflichtet als der Bundesrepublik?

Dieses Denken geht davon aus, dass Identität ein Nullsummenspiel ist, jeder Mensch seinen Patriotismus und seine Loyalität also nur einem Staat geben kann. Loyalität lässt sich aber schwer messen und wiegen. Darum ein Blick auf die Fakten zur doppelten Staatsbürgerschaft:

Was sagen die Gesetze?

Bis zum Jahr 2000 war der Fall klar: Im Staatsangehörigkeitsgesetz von 1913 galt das Blutrecht. Deutscher war, wer einen deutschen Elternteil hatte. Für eine Einbürgerung musste man mindestens 15 Jahre in der Bundesrepublik gelebt haben.

Im Jahr 2000 wurde das Gesetz auf Initiative der rot-grünen Bundesregierung um das Geburtsortsprinzip ergänzt: Wenn ein Elternteil seit mindestens acht Jahren in Deutschland lebt und ein unbefristetes Aufenthaltsrecht genießt, erwirbt das Kind die deutsche Staatsangehörigkeit. Auch für eine Einbürgerung wurde die vorausgesetzte Aufenthaltsdauer in Deutschland von 15 auf acht Jahre gesenkt. Seit einer weiteren Reform 2008 müssen Einbürgerungskandidaten aber ausreichende Deutschkenntnisse nachweisen und einen Einbürgerungstest bestehen.

Umgekehrt gilt: Nimmt ein deutscher Staatsbürger eine weitere Staatsangehörigkeit an, verliert er in der Regel seine deutsche Staatsangehörigkeit.

Trotzdem ist Mehrstaatlichkeit Alltag in Deutschland. Denn Kinder, die einen deutschen und einen ausländischen Elternteil haben, erwerben in der Regel per Geburtsrecht beide Staatsangehörigkeiten - und können diese auch behalten. Gleiches gilt seit Ende 2014 auch für Kinder ausländischer Eltern, die seit mindestens acht Jahren in Deutschland leben. Mit dem Wegfall der sogenannten Optionspflicht müssen sich die Kinder seither nicht mehr zwischen dem 18. und 23. Lebensjahr für einen Pass entscheiden, wenn sie sich bis dahin acht Jahre in der Bundesrepublik aufgehalten haben.

Aus: <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/deutschtuerken-doppelte-staatsbuergerschaft-das-sind-die-fakten-a-1106363.html>
[27.04.2017]

Mehrstaatlichkeit ist in Deutschland ...

- a) ... eine absolute Ausnahme.
- b) ... eine Ungesetzlichkeit.
- c) ... eine verpönte Option.
- d) ... eigentlich eine Normalität.

Quesito 8 Domanda E - Lesen Sie den folgenden Text und beantworten Sie ausschließlich auf der Grundlage des Textes die folgende Frage, indem Sie die richtige Antwort ankreuzen. Nur eine Antwort ist korrekt.

Deutschtürken

Debatte über den Doppelpass - das sind die Fakten

Die Welle der nationalen Erregung nach dem niedergeschlagenen Putschversuch in der Türkei hat auch viele Deutschtürken erfasst. Zehntausende demonstrierten in Köln für den autokratischen Kurs des türkischen Staatschefs Recep Tayyip Erdogan, den sie als „ihren Präsidenten“ hochleben lassen. Fühlen sich die Deutschtürken also eher der Türkei verpflichtet als der Bundesrepublik?

Dieses Denken geht davon aus, dass Identität ein Nullsummenspiel ist, jeder Mensch seinen Patriotismus und seine Loyalität also nur einem Staat geben kann. Loyalität lässt sich aber schwer messen und wiegen. Darum ein Blick auf die Fakten zur doppelten Staatsbürgerschaft:

Was sagen die Gesetze?

Bis zum Jahr 2000 war der Fall klar: Im Staatsangehörigkeitsgesetz von 1913 galt das Blutrecht. Deutscher war, wer einen deutschen Elternteil hatte. Für eine Einbürgerung musste man mindestens 15 Jahre in der Bundesrepublik gelebt haben.

Im Jahr 2000 wurde das Gesetz auf Initiative der rot-grünen Bundesregierung um das Geburtsortsprinzip ergänzt: Wenn ein Elternteil seit mindestens acht Jahren in Deutschland lebt und ein unbefristetes Aufenthaltsrecht genießt, erwirbt das Kind die deutsche Staatsangehörigkeit. Auch für eine Einbürgerung wurde die vorausgesetzte Aufenthaltsdauer in Deutschland von 15 auf acht Jahre gesenkt. Seit einer weiteren Reform 2008 müssen Einbürgerungskandidaten aber ausreichende Deutschkenntnisse nachweisen und einen Einbürgerungstest bestehen.

Umgekehrt gilt: Nimmt ein deutscher Staatsbürger eine weitere Staatsangehörigkeit an, verliert er in der Regel seine deutsche Staatsangehörigkeit.

Trotzdem ist Mehrstaatlichkeit Alltag in Deutschland. Denn Kinder, die einen deutschen und einen ausländischen Elternteil haben, erwerben in der Regel per Geburtsrecht beide Staatsangehörigkeiten - und können diese auch behalten. Gleiches gilt seit Ende 2014 auch für Kinder ausländischer Eltern, die seit mindestens acht Jahren in Deutschland leben. Mit dem Wegfall der sogenannten Optionspflicht müssen sich die Kinder seither nicht mehr zwischen dem 18. und 23. Lebensjahr für einen Pass entscheiden, wenn sie sich bis dahin acht Jahre in der Bundesrepublik aufgehalten haben.

Aus: <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/deutschtuerken-doppelte-staatsbuergerschaft-das-sind-die-fakten-a-1106363.html>
[27.04.2017]

Im 20. Jahrhundert galt für die Staatsbürgerschaft laut Staatsangehörigkeitsgesetz ...

- a) ... das Geburtsortsprinzip.
- b) ... die Deutschprüfung.
- c) ... das Prinzip der beiden deutschen Elternteile.

d) ... das Blutrecht.

Domande a risposta multipla - EN

Quesito 7 Domanda A - -Choose the answer which fits best according to the text.

Post-16 work experience: traineeships

Traineeships are an education and training programme for motivated young people aged 16 to 24 who do not have a level 3 qualification. They consist of work preparation training, a high quality work placement, and English and maths provision where appropriate, designed to equip young people with the skills and experience they need to progress onto an apprenticeship or other sustainable employment.

Traineeships for 16 to 18 year olds are a type of study programme and they provide another option for young people who are motivated to work but lack the skills, experience and behaviours sought by employers.

Work experience within a traineeship needs to be a high quality learning experience tailored to the needs of the individual. Ideally, this should be with an external employer, external to the learning environment and at an external site. Simulated activity in an artificial environment may well form a helpful part of work preparation training but does not count as work experience for traineeships.

Work experience placements within a traineeship should last between 100 to 240 hours. In some cases, where young people are undertaking their work experience in small or medium sized businesses, it may be appropriate for them to undertake multiple shorter placements in different organisations.

Traineeship providers may also have developed employer networks through their existing apprenticeship schemes and it's common for providers to target these employers, as well as engage new employer contacts to serve all their sector requirements. It is important trainees are matched appropriately to an employer in a sector that interests them so that the trainee gets the most out of their placement.

The willingness of employers to offer work experience placements, or to run traineeship programmes is key to the success of traineeships. Over 1,600 workplaces have been engaged in the traineeship programme and very few providers are reporting problems securing work experience placements with local employers.

Retrieved from https://www.gov.uk/government/uploads/system/uploads/attachment_data/file/534922/Post_16_work_experience_guidance.pdf

Young people aged 16 to 24 willing to improve themselves

- a) can attend an education and training programme
- b) have to obtain the Certificate in Advanced English
- c) are granted qualified jobs through an education and training programme
- d) must join a compulsory training program for work placement

Quesito 7 Domanda B - -Choose the answer which fits best according to the text.

Post-16 work experience: traineeships

Traineeships are an education and training programme for motivated young people aged 16 to 24 who do not have a level 3 qualification. They consist of work preparation training, a high quality work placement, and English

and maths provision where appropriate, designed to equip young people with the skills and experience they need to progress onto an apprenticeship or other sustainable employment.

Traineeships for 16 to 18 year olds are a type of study programme and they provide another option for young people who are motivated to work but lack the skills, experience and behaviours sought by employers.

Work experience within a traineeship needs to be a high quality learning experience tailored to the needs of the individual. Ideally, this should be with an external employer, external to the learning environment and at an external site. Simulated activity in an artificial environment may well form a helpful part of work preparation training but does not count as work experience for traineeships.

Work experience placements within a traineeship should last between 100 to 240 hours. In some cases, where young people are undertaking their work experience in small or medium sized businesses, it may be appropriate for them to undertake multiple shorter placements in different organisations.

Traineeship providers may also have developed employer networks through their existing apprenticeship schemes and it's common for providers to target these employers, as well as engage new employer contacts to serve all their sector requirements. It is important trainees are matched appropriately to an employer in a sector that interests them so that the trainee gets the most out of their placement.

The willingness of employers to offer work experience placements, or to run traineeship programmes is key to the success of traineeships. Over 1,600 workplaces have been engaged in the traineeship programme and very few providers are reporting problems securing work experience placements with local employers.

Retrieved from https://www.gov.uk/government/uploads/system/uploads/attachment_data/file/534922/Post_16_work_experience_guidance.pdf

Traineeships for 16 to 18 year olds

- a) seldom meet the employers requirements for job opportunities
- b) enable them to acquire the skills needed in the work market
- c) include more effective and interesting academic study programs
- d) delay their access to the contemporary work market

Quesito 7 Domanda C - -Choose the answer which fits best according to the text.

Post-16 work experience: traineeships

Traineeships are an education and training programme for motivated young people aged 16 to 24 who do not have a level 3 qualification. They consist of work preparation training, a high quality work placement, and English and maths provision where appropriate, designed to equip young people with the skills and experience they need to progress onto an apprenticeship or other sustainable employment.

Traineeships for 16 to 18 year olds are a type of study programme and they provide another option for young people who are motivated to work but lack the skills, experience and behaviours sought by employers.

Work experience within a traineeship needs to be a high quality learning experience tailored to the needs of the individual. Ideally, this should be with an external employer, external to the learning environment and at an external site. Simulated activity in an artificial environment may well form a helpful part of work preparation training but does not count as work experience for traineeships.

Work experience placements within a traineeship should last between 100 to 240 hours. In some cases, where

young people are undertaking their work experience in small or medium sized businesses, it may be appropriate for them to undertake multiple shorter placements in different organisations.

Traineeship providers may also have developed employer networks through their existing apprenticeship schemes and it's common for providers to target these employers, as well as engage new employer contacts to serve all their sector requirements. It is important trainees are matched appropriately to an employer in a sector that interests them so that the trainee gets the most out of their placement.

The willingness of employers to offer work experience placements, or to run traineeship programmes is key to the success of traineeships. Over 1,600 workplaces have been engaged in the traineeship programme and very few providers are reporting problems securing work experience placements with local employers.

Retrieved from https://www.gov.uk/government/uploads/system/uploads/attachment_data/file/534922/Post_16_work_experience_guidance.pdf

Work experience during traineeships should

- a) happen in an artificial environment
- b) curb both work preparation and training
- c) be mostly guided by qualified academic teachers
- d) take place in a real work environment

Quesito 7 Domanda D - -Choose the answer which fits best according to the text.

Post-16 work experience: traineeships

Traineeships are an education and training programme for motivated young people aged 16 to 24 who do not have a level 3 qualification. They consist of work preparation training, a high quality work placement, and English and maths provision where appropriate, designed to equip young people with the skills and experience they need to progress onto an apprenticeship or other sustainable employment.

Traineeships for 16 to 18 year olds are a type of study programme and they provide another option for young people who are motivated to work but lack the skills, experience and behaviours sought by employers.

Work experience within a traineeship needs to be a high quality learning experience tailored to the needs of the individual. Ideally, this should be with an external employer, external to the learning environment and at an external site. Simulated activity in an artificial environment may well form a helpful part of work preparation training but does not count as work experience for traineeships.

Work experience placements within a traineeship should last between 100 to 240 hours. In some cases, where young people are undertaking their work experience in small or medium sized businesses, it may be appropriate for them to undertake multiple shorter placements in different organisations.

Traineeship providers may also have developed employer networks through their existing apprenticeship schemes and it's common for providers to target these employers, as well as engage new employer contacts to serve all their sector requirements. It is important trainees are matched appropriately to an employer in a sector that interests them so that the trainee gets the most out of their placement.

The willingness of employers to offer work experience placements, or to run traineeship programmes is key to the success of traineeships. Over 1,600 workplaces have been engaged in the traineeship programme and very few providers are reporting problems securing work experience placements with local employers.

Successful work experience placements

- a) rarely meet students' interests
- b) cannot be appropriate to updated work environments
- c) should match students' interests
- d) should not fit the employers requirements

Quesito 7 Domanda E - -Choose the answer which fits best according to the text.

Post-16 work experience: traineeships

Traineeships are an education and training programme for motivated young people aged 16 to 24 who do not have a level 3 qualification. They consist of work preparation training, a high quality work placement, and English and maths provision where appropriate, designed to equip young people with the skills and experience they need to progress onto an apprenticeship or other sustainable employment.

Traineeships for 16 to 18 year olds are a type of study programme and they provide another option for young people who are motivated to work but lack the skills, experience and behaviours sought by employers.

Work experience within a traineeship needs to be a high quality learning experience tailored to the needs of the individual. Ideally, this should be with an external employer, external to the learning environment and at an external site. Simulated activity in an artificial environment may well form a helpful part of work preparation training but does not count as work experience for traineeships.

Work experience placements within a traineeship should last between 100 to 240 hours. In some cases, where young people are undertaking their work experience in small or medium sized businesses, it may be appropriate for them to undertake multiple shorter placements in different organisations.

Traineeship providers may also have developed employer networks through their existing apprenticeship schemes and it's common for providers to target these employers, as well as engage new employer contacts to serve all their sector requirements. It is important trainees are matched appropriately to an employer in a sector that interests them so that the trainee gets the most out of their placement.

The willingness of employers to offer work experience placements, or to run traineeship programmes is key to the success of traineeships. Over 1,600 workplaces have been engaged in the traineeship programme and very few providers are reporting problems securing work experience placements with local employers.

Providers involved in traineeship programmes

- a) have seldom encountered difficulties
- b) have reported many problems
- c) have encountered security issues
- d) have experienced several difficulties

Quesito 8 Domanda A - -Choose the answer which fits best according to the text.

What can be done about Early School Leaving?

Responses to Early School Leaving tackle it at different stages in the process. The recognition of the very early origins of behaviours associated with subsequent ESL makes pre-emptive strategies, such as good quality Early Childhood Education and Care, a high priority. Traced through longitudinal studies, such interventions have been notably successful in reducing later ESL. Even though the payoff for such investment is delivered only after a decade, this is clearly a strong reason to support the further extension of the provision of quality ECEC.

Practical and realistic preventative strategies for schools can be structural, student focussed (targeting individual students or groups of students), or school wide (affecting all students). Structural strategies could be introduced to address clear causes of ESL such as the social class composition of schools. However, political pressures around such issues seem to have limited the development of this option. Student focussed interventions have been directed to protecting "at risk" students against pressures that could lead to them becoming disengaged. These include mentoring, especially one to one, and monitoring students. Such interventions should provide intense support, and make optimum use of other government and community services. For many of these interventions, screening for and targeting the students most at risk is recommended. Another successful student focussed intervention is the provision of financial maintenance allowances to enable students to resist financial difficulties of staying at school.

School wide interventions focus largely on a range of curricular innovations, for instance the introduction of more vocational and technical education, or greater cooperation with other agencies, including workplaces. There is considerable emphasis on the need to move from subject-based to skills-based curriculum and the recognition of key competences. School organisation that recognises the particular needs of potential ESLers can be successful in reducing the incidence of early leaving. It is possible to identify key elements of disengagement from school, and devise appropriate responses to them.

Retrieved from <https://www.spd.dcu.ie/site/edc/documents/nesse2010early-school-leaving-report.pdf>

Early School Leaving can be reduced with

- a) studies on the interventions in all countries
- b) more teacher-centered actions in childhood education
- c) a strategic plan and a variety of classes
- d) a combination of preventive measures

Quesito 8 Domanda B - -Choose the answer which fits best according to the text.

What can be done about Early School Leaving?

Responses to Early School Leaving tackle it at different stages in the process. The recognition of the very early origins of behaviours associated with subsequent ESL makes pre-emptive strategies, such as good quality Early Childhood Education and Care, a high priority. Traced through longitudinal studies, such interventions have been notably successful in reducing later ESL. Even though the payoff for such investment is delivered only after a decade, this is clearly a strong reason to support the further extension of the provision of quality ECEC.

Practical and realistic preventative strategies for schools can be structural, student focussed (targeting individual students or groups of students), or school wide (affecting all students). Structural strategies could be introduced to address clear causes of ESL such as the social class composition of schools. However, political pressures around such issues seem to have limited the development of this option. Student focussed interventions have been directed to protecting "at risk" students against pressures that could lead to them becoming disengaged.

These include mentoring, especially one to one, and monitoring students. Such interventions should provide intense support, and make optimum use of other government and community services. For many of these interventions, screening for and targeting the students most at risk is recommended. Another successful student focussed intervention is the provision of financial maintenance allowances to enable students to resist financial difficulties of staying at school.

School wide interventions focus largely on a range of curricular innovations, for instance the introduction of more vocational and technical education, or greater cooperation with other agencies, including workplaces. There is considerable emphasis on the need to move from subject-based to skills-based curriculum and the recognition of key competences. School organisation that recognises the particular needs of potential ESLers can be successful in reducing the incidence of early leaving. It is possible to identify key elements of disengagement from school, and devise appropriate responses to them.

Retrieved from <https://www.spd.dcu.ie/site/edc/documents/nesse2010early-school-leaving-report.pdf>

Practical and realistic strategies can be

- a) structural though not learner-centred
- b) learner-centred or extended throughout the entire school population
- c) student focussed but not school wide
- d) the target of neither individual students nor groups of students

Quesito 8 Domanda C - -Choose the answer which fits best according to the text.

What can be done about Early School Leaving?

Responses to Early School Leaving tackle it at different stages in the process. The recognition of the very early origins of behaviours associated with subsequent ESL makes pre-emptive strategies, such as good quality Early Childhood Education and Care, a high priority. Traced through longitudinal studies, such interventions have been notably successful in reducing later ESL. Even though the payoff for such investment is delivered only after a decade, this is clearly a strong reason to support the further extension of the provision of quality ECEC.

Practical and realistic preventative strategies for schools can be structural, student focussed (targeting individual students or groups of students), or school wide (affecting all students). Structural strategies could be introduced to address clear causes of ESL such as the social class composition of schools. However, political pressures around such issues seem to have limited the development of this option. Student focussed interventions have been directed to protecting "at risk" students against pressures that could lead to them becoming disengaged. These include mentoring, especially one to one, and monitoring students. Such interventions should provide intense support, and make optimum use of other government and community services. For many of these interventions, screening for and targeting the students most at risk is recommended. Another successful student focussed intervention is the provision of financial maintenance allowances to enable students to resist financial difficulties of staying at school.

School wide interventions focus largely on a range of curricular innovations, for instance the introduction of more vocational and technical education, or greater cooperation with other agencies, including workplaces. There is considerable emphasis on the need to move from subject-based to skills-based curriculum and the recognition of key competences. School organisation that recognises the particular needs of potential ESLers can be successful in reducing the incidence of early leaving. It is possible to identify key elements of disengagement from school, and devise appropriate responses to them.

Retrieved from <https://www.spd.dcu.ie/site/edc/documents/nesse2010early-school-leaving-report.pdf>

It would be possible to adopt structural strategies to tackle

- a) well-known reasons for school dropout
- b) the political background of students at risk
- c) the payoff for the school's investment
- d) political pressures and limited school composition

Quesito 8 Domanda D - -Choose the answer which fits best according to the text.

What can be done about Early School Leaving?

Responses to Early School Leaving tackle it at different stages in the process. The recognition of the very early origins of behaviours associated with subsequent ESL makes pre-emptive strategies, such as good quality Early Childhood Education and Care, a high priority. Traced through longitudinal studies, such interventions have been notably successful in reducing later ESL. Even though the payoff for such investment is delivered only after a decade, this is clearly a strong reason to support the further extension of the provision of quality ECEC.

Practical and realistic preventative strategies for schools can be structural, student focussed (targeting individual students or groups of students), or school wide (affecting all students). Structural strategies could be introduced to address clear causes of ESL such as the social class composition of schools. However, political pressures around such issues seem to have limited the development of this option. Student focussed interventions have been directed to protecting "at risk" students against pressures that could lead to them becoming disengaged. These include mentoring, especially one to one, and monitoring students. Such interventions should provide intense support, and make optimum use of other government and community services. For many of these interventions, screening for and targeting the students most at risk is recommended. Another successful student focussed intervention is the provision of financial maintenance allowances to enable students to resist financial difficulties of staying at school.

School wide interventions focus largely on a range of curricular innovations, for instance the introduction of more vocational and technical education, or greater cooperation with other agencies, including workplaces. There is considerable emphasis on the need to move from subject-based to skills-based curriculum and the recognition of key competences. School organisation that recognises the particular needs of potential ESLers can be successful in reducing the incidence of early leaving. It is possible to identify key elements of disengagement from school, and devise appropriate responses to them.

Retrieved from <https://www.spd.dcu.ie/site/edc/documents/nesse2010early-school-leaving-report.pdf>

School wide measures are based on

- a) the educational update of the curricula
- b) curriculum innovations to promote more traditional and technical education
- c) the exclusive cooperation with other agencies
- d) less vocational education to meet the agencies' needs

Quesito 8 Domanda E - -Choose the answer which fits best according to the text.

What can be done about Early School Leaving?

Responses to Early School Leaving tackle it at different stages in the process. The recognition of the very early origins of behaviours associated with subsequent ESL makes pre-emptive strategies, such as good quality Early Childhood Education and Care, a high priority. Traced through longitudinal studies, such interventions have been notably successful in reducing later ESL. Even though the payoff for such investment is delivered only after a

decade, this is clearly a strong reason to support the further extension of the provision of quality ECEC.

Practical and realistic preventative strategies for schools can be structural, student focussed (targeting individual students or groups of students), or school wide (affecting all students). Structural strategies could be introduced to address clear causes of ESL such as the social class composition of schools. However, political pressures around such issues seem to have limited the development of this option. Student focussed interventions have been directed to protecting "at risk" students against pressures that could lead to them becoming disengaged. These include mentoring, especially one to one, and monitoring students. Such interventions should provide intense support, and make optimum use of other government and community services. For many of these interventions, screening for and targeting the students most at risk is recommended. Another successful student focussed intervention is the provision of financial maintenance allowances to enable students to resist financial difficulties of staying at school.

School wide interventions focus largely on a range of curricular innovations, for instance the introduction of more vocational and technical education, or greater cooperation with other agencies, including workplaces. There is considerable emphasis on the need to move from subject-based to skills-based curriculum and the recognition of key competences. School organisation that recognises the particular needs of potential ESLers can be successful in reducing the incidence of early leaving. It is possible to identify key elements of disengagement from school, and devise appropriate responses to them.

Retrieved from <https://www.spd.dcu.ie/site/edc/documents/nesse2010early-school-leaving-report.pdf>

The skills-based curriculum should

- a) substitute any other effective educational interventions
- b) be used to limit the development of key competences
- c) replace the knowledge-based curriculum
- d) be substituted by the more effective subject-based curriculum

Domande a risposta multipla - ES

Quesito 7 Domanda A - Lea el siguiente texto y conteste, únicamente sobre la base de lo que ha leído, la siguiente pregunta. Sólo una respuesta es correcta

COMPETENCIAS CLAVE EN EDUCACIÓN PARA LA CIUDADANÍA

El Proyecto de Definición y Selección de Competencias de la OCDE pretende definir las competencias que son básicas y que no van dirigidas a las demandas del mundo laboral, sino que capacitan a las personas para llevar una vida participativa a nivel social, clasificándolas en tres categorías:

Primera: los individuos deben poder usar un amplio rango de herramientas no solo físicas, como en la tecnología de la información, sino también socioculturales, como en el uso del lenguaje, para interactuar efectivamente con el ambiente. Necesitan comprender estas herramientas de forma amplia, cómo adaptarlas a sus propios fines y cómo usarlas, en fin, de manera interactiva.

Segunda: en un mundo cada vez más interdependiente, los individuos necesitan poder comunicarse los unos con los otros y, debido a que encontrarán personas de diversos orígenes, es importante que puedan interactuar en grupos heterogéneos.

Tercera: los individuos necesitan poder tomar la responsabilidad de manejar sus propias vidas, situarlas en un contexto social más amplio y actuar de manera autónoma.

Estas categorías, cada una con un enfoque específico, están interrelacionadas entre sí y, colectivamente, forman la base para identificar las competencias clave.

La necesidad de que los individuos piensen y actúen reflexivamente es fundamental en este marco de competencias. La reflexión involucra no solo la habilidad de aplicar de forma rutinaria una fórmula o método para confrontar una situación, sino también la capacidad de adaptarse al cambio, aprender de las experiencias y

pensar y actuar con actitud crítica.

Estas premisas competenciales han influido en la inclusión de las competencias en el marco educativo español. Así, según Real Decreto 1631/2006, las ocho competencias básicas son: Competencia en comunicación lingüística, Competencia matemática, Competencia en el conocimiento y la interacción con el mundo físico, Tratamiento de la información y competencia digital, Competencia social y ciudadana, Competencia cultural y artística, Competencia para aprender a aprender, Autonomía e iniciativa personal.

Adaptado de Consuelo Cordero González (2015). Educación para la ciudadanía: una asignatura a debate: normativa, libros de texto y opiniones del profesorado, del alumnado y las familias. Tesis doctoral. UNED, Madrid, pp. 53-54.

El Proyecto de Definición y Selección de Competencias de la OCDE define cuáles son las competencias clave

- a) que son necesarias para integrarse adecuadamente en la sociedad actual y participar en ella
- b) que permiten formar expertos en determinados campos teóricos del conocimiento
- c) que promueven la integración de grupos heterogéneos en una determinada sociedad
- d) que capacitan para vivir de manera independiente y autónoma del contexto social y del medio ambiente

Quesito 7 Domanda B - Lea el siguiente texto y conteste, únicamente sobre la base de lo que ha leído, la siguiente pregunta. Sólo una respuesta es correcta

COMPETENCIAS CLAVE EN EDUCACIÓN PARA LA CIUDADANÍA

El Proyecto de Definición y Selección de Competencias de la OCDE pretende definir las competencias que son básicas y que no van dirigidas a las demandas del mundo laboral, sino que capacitan a las personas para llevar una vida participativa a nivel social, clasificándolas en tres categorías:

Primera: los individuos deben poder usar un amplio rango de herramientas no solo físicas, como en la tecnología de la información, sino también socioculturales, como en el uso del lenguaje, para interactuar efectivamente con el ambiente. Necesitan comprender estas herramientas de forma amplia, cómo adaptarlas a sus propios fines y cómo usarlas, en fin, de manera interactiva.

Segunda: en un mundo cada vez más interdependiente, los individuos necesitan poder comunicarse los unos con los otros y, debido a que encontrarán personas de diversos orígenes, es importante que puedan interactuar en grupos heterogéneos.

Tercera: los individuos necesitan poder tomar la responsabilidad de manejar sus propias vidas, situarlas en un contexto social más amplio y actuar de manera autónoma.

Estas categorías, cada una con un enfoque específico, están interrelacionadas entre sí y, colectivamente, forman la base para identificar las competencias clave.

La necesidad de que los individuos piensen y actúen reflexivamente es fundamental en este marco de competencias. La reflexión involucra no solo la habilidad de aplicar de forma rutinaria una fórmula o método para confrontar una situación, sino también la capacidad de adaptarse al cambio, aprender de las experiencias y pensar y actuar con actitud crítica.

Estas premisas competenciales han influido en la inclusión de las competencias en el marco educativo español. Así, según Real Decreto 1631/2006, las ocho competencias básicas son: Competencia en comunicación lingüística, Competencia matemática, Competencia en el conocimiento y la interacción con el mundo físico, Tratamiento de la información y competencia digital, Competencia social y ciudadana, Competencia cultural y artística, Competencia para aprender a aprender, Autonomía e iniciativa personal.

Adaptado de Consuelo Cordero González (2015). Educación para la ciudadanía: una asignatura a debate: normativa, libros de texto y opiniones del profesorado, del alumnado y las familias. Tesis doctoral. UNED, Madrid, pp. 53-54.

Según el texto,

- a) la sociedad actual, a diferencia de la sociedad del pasado, requiere conocer exclusivamente una serie de

herramientas físicas, como los ordenadores, y no las socioculturales, como podría ser el lenguaje

- b) para usar las herramientas físicas y socioculturales de forma interactiva basta tener acceso a las herramientas y poseer la destreza técnica necesaria para manejarlas
- c) los individuos no deben solo conocer una serie de herramientas tanto físicas como socioculturales, sino también saber ajustarlas y utilizarlas para lograr sus objetivos
- d) la tecnología de la información es una herramienta que no tiene solo una dimensión física, sino también sociocultural

Quesito 7 Domanda C - Lea el siguiente texto y conteste, únicamente sobre la base de lo que ha leído, la siguiente pregunta. Sólo una respuesta es correcta

COMPETENCIAS CLAVE EN EDUCACIÓN PARA LA CIUDADANÍA

El Proyecto de Definición y Selección de Competencias de la OCDE pretende definir las competencias que son básicas y que no van dirigidas a las demandas del mundo laboral, sino que capacitan a las personas para llevar una vida participativa a nivel social, clasificándolas en tres categorías:

Primera: los individuos deben poder usar un amplio rango de herramientas no solo físicas, como en la tecnología de la información, sino también socioculturales, como en el uso del lenguaje, para interactuar efectivamente con el ambiente. Necesitan comprender estas herramientas de forma amplia, cómo adaptarlas a sus propios fines y cómo usarlas, en fin, de manera interactiva.

Segunda: en un mundo cada vez más interdependiente, los individuos necesitan poder comunicarse los unos con los otros y, debido a que encontrarán personas de diversos orígenes, es importante que puedan interactuar en grupos heterogéneos.

Tercera: los individuos necesitan poder tomar la responsabilidad de manejar sus propias vidas, situarlas en un contexto social más amplio y actuar de manera autónoma.

Estas categorías, cada una con un enfoque específico, están interrelacionadas entre sí y, colectivamente, forman la base para identificar las competencias clave.

La necesidad de que los individuos piensen y actúen reflexivamente es fundamental en este marco de competencias. La reflexión involucra no solo la habilidad de aplicar de forma rutinaria una fórmula o método para confrontar una situación, sino también la capacidad de adaptarse al cambio, aprender de las experiencias y pensar y actuar con actitud crítica.

Estas premisas competenciales han influido en la inclusión de las competencias en el marco educativo español.

Así, según Real Decreto 1631/2006, las ocho competencias básicas son: Competencia en comunicación lingüística, Competencia matemática, Competencia en el conocimiento y la interacción con el mundo físico, Tratamiento de la información y competencia digital, Competencia social y ciudadana, Competencia cultural y artística, Competencia para aprender a aprender, Autonomía e iniciativa personal.

Adaptado de Consuelo Cordero González (2015). Educación para la ciudadanía: una asignatura a debate: normativa, libros de texto y opiniones del profesorado, del alumnado y las familias. Tesis doctoral. UNED, Madrid, pp. 53-54.

Del texto podemos deducir que

- a) la construcción de la nueva sociedad de la información y el conocimiento se basa en la adaptación del medio ambiente a las necesidades del individuo
- b) para comunicar de manera eficaz, las personas de distinta procedencia o con un diverso bagaje sociocultural deben adaptarse al contexto en el que viven
- c) en la sociedad actual es importante saber manejar de manera adecuada las relaciones interpersonales y construir nuevas formas de cooperación
- d) los seres humanos dependen para su supervivencia material y psicológica de la capacidad de actuar de manera independiente del contexto social y del medio ambiente

Quesito 7 Domanda D - Lea el siguiente texto y conteste, únicamente sobre la base de lo que ha leído, la siguiente pregunta. Sólo una respuesta es correcta

COMPETENCIAS CLAVE EN EDUCACIÓN PARA LA CIUDADANÍA

El Proyecto de Definición y Selección de Competencias de la OCDE pretende definir las competencias que son básicas y que no van dirigidas a las demandas del mundo laboral, sino que capacitan a las personas para llevar una vida participativa a nivel social, clasificándolas en tres categorías:

Primera: los individuos deben poder usar un amplio rango de herramientas no solo físicas, como en la tecnología de la información, sino también socioculturales, como en el uso del lenguaje, para interactuar efectivamente con el ambiente. Necesitan comprender estas herramientas de forma amplia, cómo adaptarlas a sus propios fines y cómo usarlas, en fin, de manera interactiva.

Segunda: en un mundo cada vez más interdependiente, los individuos necesitan poder comunicarse los unos con los otros y, debido a que encontrarán personas de diversos orígenes, es importante que puedan interactuar en grupos heterogéneos.

Tercera: los individuos necesitan poder tomar la responsabilidad de manejar sus propias vidas, situarlas en un contexto social más amplio y actuar de manera autónoma.

Estas categorías, cada una con un enfoque específico, están interrelacionadas entre sí y, colectivamente, forman la base para identificar las competencias clave.

La necesidad de que los individuos piensen y actúen reflexivamente es fundamental en este marco de competencias. La reflexión involucra no solo la habilidad de aplicar de forma rutinaria una fórmula o método para confrontar una situación, sino también la capacidad de adaptarse al cambio, aprender de las experiencias y pensar y actuar con actitud crítica.

Estas premisas competenciales han influido en la inclusión de las competencias en el marco educativo español.

Así, según Real Decreto 1631/2006, las ocho competencias básicas son: Competencia en comunicación lingüística, Competencia matemática, Competencia en el conocimiento y la interacción con el mundo físico, Tratamiento de la información y competencia digital, Competencia social y ciudadana, Competencia cultural y artística, Competencia para aprender a aprender, Autonomía e iniciativa personal.

Adaptado de Consuelo Cordero González (2015). Educación para la ciudadanía: una asignatura a debate: normativa, libros de texto y opiniones del profesorado, del alumnado y las familias. Tesis doctoral. UNED, Madrid, pp. 53-54.

Entre las competencias básicas incluidas en el marco educativo español,

- a) subyace la importancia de la reflexión como base para saber enfrentarse a las distintas situaciones
- b) no figura ninguna competencia que haga posible comprender la realidad social en la que se vive, cooperar, convivir y ejercer la ciudadanía democrática en una sociedad plural
- c) no figura ninguna competencia que permita desarrollar la capacidad de los individuos para interactuar con el ambiente que los rodea
- d) intenta dar respuesta solo a determinadas demandas de la nueva sociedad de la información y el conocimiento

Quesito 7 Domanda E - Lea el siguiente texto y conteste, únicamente sobre la base de lo que ha leído, la siguiente pregunta. Sólo una respuesta es correcta

COMPETENCIAS CLAVE EN EDUCACIÓN PARA LA CIUDADANÍA

El Proyecto de Definición y Selección de Competencias de la OCDE pretende definir las competencias que son básicas y que no van dirigidas a las demandas del mundo laboral, sino que capacitan a las personas para llevar una vida participativa a nivel social, clasificándolas en tres categorías:

Primera: los individuos deben poder usar un amplio rango de herramientas no solo físicas, como en la tecnología de la información, sino también socioculturales, como en el uso del lenguaje, para interactuar efectivamente con el ambiente. Necesitan comprender estas herramientas de forma amplia, cómo adaptarlas a sus propios fines y cómo usarlas, en fin, de manera interactiva.

Segunda: en un mundo cada vez más interdependiente, los individuos necesitan poder comunicarse los unos con los otros y, debido a que encontrarán personas de diversos orígenes, es importante que puedan interactuar en grupos heterogéneos.

Tercera: los individuos necesitan poder tomar la responsabilidad de manejar sus propias vidas, situarlas en un contexto social más amplio y actuar de manera autónoma.

Estas categorías, cada una con un enfoque específico, están interrelacionadas entre sí y, colectivamente, forman la base para identificar las competencias clave.

La necesidad de que los individuos piensen y actúen reflexivamente es fundamental en este marco de competencias. La reflexión involucra no solo la habilidad de aplicar de forma rutinaria una fórmula o método para confrontar una situación, sino también la capacidad de adaptarse al cambio, aprender de las experiencias y pensar y actuar con actitud crítica.

Estas premisas competenciales han influido en la inclusión de las competencias en el marco educativo español.

Así, según Real Decreto 1631/2006, las ocho competencias básicas son: Competencia en comunicación lingüística, Competencia matemática, Competencia en el conocimiento y la interacción con el mundo físico, Tratamiento de la información y competencia digital, Competencia social y ciudadana, Competencia cultural y artística, Competencia para aprender a aprender, Autonomía e iniciativa personal.

Adaptado de Consuelo Cordero González (2015). Educación para la ciudadanía: una asignatura a debate: normativa, libros de texto y opiniones del profesorado, del alumnado y las familias. Tesis doctoral. UNED, Madrid, pp. 53-54.

Según el texto, la competencia social y ciudadana

- a) es una de las competencias contempladas en la legislación española que se desarrollará en las aulas de los centros educativos
- b) permite a los miembros de la sociedad interactuar los unos con los otros y ampliar sus horizontes
- c) es una de las competencias básicas mencionadas en el Proyecto de Definición y Selección de Competencias de la OCDE
- d) contribuye a construir los perfiles profesionales que demanda el mundo laboral en la moderna economía globalizada

Quesito 8 Domanda A - Lea el siguiente texto y conteste, únicamente sobre la base de lo que ha leído, la siguiente pregunta. Sólo una respuesta es correcta

LA MEDIACIÓN COMO HERRAMIENTA EDUCATIVA

Tanto en la escuela como en el ámbito de la intervención social se ha insistido en la relevancia de la mediación y la resolución de conflictos como instrumentos y herramientas sociopedagógicas para la mejora de la convivencia, la integración y la cohesión social. La concepción escolar tradicional del conflicto, tecnocrática-positivista, lo asocia con lo negativo: en el campo social con el desorden y en el escolar con la falta de disciplina. (...). La pedagogía crítica lo entiende inherente a la vida social, a la escuela y a todo tipo de instituciones, convirtiéndose en un elemento imprescindible para el cambio social y la transformación de las estructuras educativas.

Los modelos de mediación (Harvard, circular narrativo y transformativo) proponen metas distintas: el acuerdo entre partes, la modificación de las relaciones o la transformación de la vida social respectivamente. Las propuestas mediadoras permiten concebir el conflicto como motor de cambio: "los conflictos aparecen como fecundas oportunidades de crecimiento, y la mediación representa un modo de aprovechar cabalmente tales oportunidades". Este planteamiento permite abordar el empoderamiento del individuo y/o grupo, el reconocimiento del otro y también favorecer la responsabilidad ciudadana y los vínculos sociales.

Dentro del marco escolar, la literatura recoge esta doble dimensión: por un lado la mediación es una técnica para gestionar los conflictos, por otro alcanza una dimensión educativa en la que se generan aprendizajes y adquieren competencias, valores, actitudes y conductas que permite construir una cultura de paz y mejorar las relaciones interpersonales y comunitarias. Así, la mediación se vincula a la educación para la paz, uno de cuyos principios es la práctica y profundización de la participación democrática, la cual, junto con la educación en y para la ciudadanía, tendrá una doble intencionalidad: el quehacer comunitario, donde las personas puedan socializarse y

participar activa y libremente en la comunidad; y el quehacer cívico, como espacio de convivencias múltiples incluyentes.

Adaptado de "El conflicto como situación de aprendizaje :participación y ciudadanía en un proceso de mediación entre pares", Carlos Peláez Paz en Aprendizaje de la ciudadanía y la participación: Contextos múltiples de socialización y aprendizaje Un análisis desde la etnografía de la educación, Patricia Mata Benito Belén Ballesteros Velázquez Inés Gil Jaurena.

Para que sea posible la convivencia, la integración y la coherencia social

- a) es relevante que la escuela muestre el interés suficiente para que los problemas de las aulas no trasciendan al orden social
- b) es importante llegar a acuerdos y resolver problemas que puedan surgir en el ámbito escolar o en el intercambio social
- c) el único medio posible es subsanar los problemas tanto del contexto educativo como del contexto social
- d) será suficiente con que los problemas no trasciendan más allá de los límites fijados por la escuela y por los contactos sociales

Quesito 8 Domanda B - Lea el siguiente texto y conteste, únicamente sobre la base de lo que ha leído, la siguiente pregunta. Sólo una respuesta es correcta

LA MEDIACIÓN COMO HERRAMIENTA EDUCATIVA

Tanto en la escuela como en el ámbito de la intervención social se ha insistido en la relevancia de la mediación y la resolución de conflictos como instrumentos y herramientas sociopedagógicas para la mejora de la convivencia, la integración y la cohesión social. La concepción escolar tradicional del conflicto, tecnocrática-positivista, lo asocia con lo negativo: en el campo social con el desorden y en el escolar con la falta de disciplina. (...). La pedagogía crítica lo entiende inherente a la vida social, a la escuela y a todo tipo de instituciones, convirtiéndose en un elemento imprescindible para el cambio social y la transformación de las estructuras educativas.

Los modelos de mediación (Harvard, circular narrativo y transformativo) proponen metas distintas: el acuerdo entre partes, la modificación de las relaciones o la transformación de la vida social respectivamente. Las propuestas mediadoras permiten concebir el conflicto como motor de cambio: "los conflictos aparecen como fecundas oportunidades de crecimiento, y la mediación representa un modo de aprovechar cabalmente tales oportunidades". Este planteamiento permite abordar el empoderamiento del individuo y/o grupo, el reconocimiento del otro y también favorecer la responsabilidad ciudadana y los vínculos sociales.

Dentro del marco escolar, la literatura recoge esta doble dimensión: por un lado la mediación es una técnica para gestionar los conflictos, por otro alcanza una dimensión educativa en la que se generan aprendizajes y adquieren competencias, valores, actitudes y conductas que permite construir una cultura de paz y mejorar las relaciones interpersonales y comunitarias. Así, la mediación se vincula a la educación para la paz, uno de cuyos principios es la práctica y profundización de la participación democrática, la cual, junto con la educación en y para la ciudadanía, tendrá una doble intencionalidad: el quehacer comunitario, donde las personas puedan socializarse y participar activa y libremente en la comunidad; y el quehacer cívico, como espacio de convivencias múltiples incluyentes.

Adaptado de "El conflicto como situación de aprendizaje :participación y ciudadanía en un proceso de mediación entre pares", Carlos Peláez Paz en Aprendizaje de la ciudadanía y la participación: Contextos múltiples de socialización y aprendizaje Un análisis desde la etnografía de la educación, Patricia Mata Benito Belén Ballesteros Velázquez Inés Gil Jaurena.

En la concepción escolar, el conflicto

- a) en el campo social se ve como una falta de orden que se refleja en lo educativo y en el menoscabo del

respeto de las normas

- b) se presenta como un valor relacionado con el cambio de la sociedad y favorece la evolución de los sistemas educativos
- c) se ve unido a la vida social, al desarrollo de las actividades sociales que tienen lugar en ese marco
- d) es un valor tecnológico positivo que tiene que ver con la negatividad relacionada con la discusión dialéctica

Quesito 8 Domanda C - Lea el siguiente texto y conteste, únicamente sobre la base de lo que ha leído, la siguiente pregunta. Sólo una respuesta es correcta

LA MEDIACIÓN COMO HERRAMIENTA EDUCATIVA

Tanto en la escuela como en el ámbito de la intervención social se ha insistido en la relevancia de la mediación y la resolución de conflictos como instrumentos y herramientas sociopedagógicas para la mejora de la convivencia, la integración y la cohesión social. La concepción escolar tradicional del conflicto, tecnocrática-positivista, lo asocia con lo negativo: en el campo social con el desorden y en el escolar con la falta de disciplina. (...). La pedagogía crítica lo entiende inherente a la vida social, a la escuela y a todo tipo de instituciones, convirtiéndose en un elemento imprescindible para el cambio social y la transformación de las estructuras educativas.

Los modelos de mediación (Harvard, circular narrativo y transformativo) proponen metas distintas: el acuerdo entre partes, la modificación de las relaciones o la transformación de la vida social respectivamente. Las propuestas mediadoras permiten concebir el conflicto como motor de cambio: "los conflictos aparecen como fecundas oportunidades de crecimiento, y la mediación representa un modo de aprovechar cabalmente tales oportunidades". Este planteamiento permite abordar el empoderamiento del individuo y/o grupo, el reconocimiento del otro y también favorecer la responsabilidad ciudadana y los vínculos sociales.

Dentro del marco escolar, la literatura recoge esta doble dimensión: por un lado la mediación es una técnica para gestionar los conflictos, por otro alcanza una dimensión educativa en la que se generan aprendizajes y adquieren competencias, valores, actitudes y conductas que permite construir una cultura de paz y mejorar las relaciones interpersonales y comunitarias. Así, la mediación se vincula a la educación para la paz, uno de cuyos principios es la práctica y profundización de la participación democrática, la cual, junto con la educación en y para la ciudadanía, tendrá una doble intencionalidad: el quehacer comunitario, donde las personas puedan socializarse y participar activa y libremente en la comunidad; y el quehacer cívico, como espacio de convivencias múltiples incluyentes.

Adaptado de "El conflicto como situación de aprendizaje :participación y ciudadanía en un proceso de mediación entre pares", Carlos Peláez Paz en Aprendizaje de la ciudadanía y la participación: Contextos múltiples de socialización y aprendizaje Un análisis desde la etnografía de la educación, Patricia Mata Benito Belén Ballesteros Velázquez Inés Gil Jaurena.

El modelo de mediación de Harvard,

- a) pone de manifiesto que el conflicto es uno más de los amortiguadores sociales que podrían suponer una gran ocasión de enriquecimiento de la vida social
- b) apuesta por un tipo de conflicto que empeore las relaciones sociales y que permita al individuo convertirse en el artífice de su propio cambio
- c) promulga la puesta en común de las posiciones de los protagonistas para que del problema surja una posibilidad de crecer del individuo
- d) tiene en cuenta que el conflicto supone un declive del alumno que podrá ser solventado gracias a la toma de posición de cada uno de ellos como partes activas del proceso

Quesito 8 Domanda D - Lea el siguiente texto y conteste, únicamente sobre la base de lo que ha leído, la

siguiente pregunta. Sólo una respuesta es correcta

LA MEDIACIÓN COMO HERRAMIENTA EDUCATIVA

Tanto en la escuela como en el ámbito de la intervención social se ha insistido en la relevancia de la mediación y la resolución de conflictos como instrumentos y herramientas sociopedagógicas para la mejora de la convivencia, la integración y la cohesión social. La concepción escolar tradicional del conflicto, tecnocrática-positivista, lo asocia con lo negativo: en el campo social con el desorden y en el escolar con la falta de disciplina. (...). La pedagogía crítica lo entiende inherente a la vida social, a la escuela y a todo tipo de instituciones, convirtiéndose en un elemento imprescindible para el cambio social y la transformación de las estructuras educativas.

Los modelos de mediación (Harvard, circular narrativo y transformativo) proponen metas distintas: el acuerdo entre partes, la modificación de las relaciones o la transformación de la vida social respectivamente. Las propuestas mediadoras permiten concebir el conflicto como motor de cambio: "los conflictos aparecen como fecundas oportunidades de crecimiento, y la mediación representa un modo de aprovechar cabalmente tales oportunidades". Este planteamiento permite abordar el empoderamiento del individuo y/o grupo, el reconocimiento del otro y también favorecer la responsabilidad ciudadana y los vínculos sociales.

Dentro del marco escolar, la literatura recoge esta doble dimensión: por un lado la mediación es una técnica para gestionar los conflictos, por otro alcanza una dimensión educativa en la que se generan aprendizajes y adquieren competencias, valores, actitudes y conductas que permite construir una cultura de paz y mejorar las relaciones interpersonales y comunitarias. Así, la mediación se vincula a la educación para la paz, uno de cuyos principios es la práctica y profundización de la participación democrática, la cual, junto con la educación en y para la ciudadanía, tendrá una doble intencionalidad: el quehacer comunitario, donde las personas puedan socializarse y participar activa y libremente en la comunidad; y el quehacer cívico, como espacio de convivencias múltiples incluyentes.

Adaptado de "El conflicto como situación de aprendizaje :participación y ciudadanía en un proceso de mediación entre pares", Carlos Peláez Paz en Aprendizaje de la ciudadanía y la participación: Contextos múltiples de socialización y aprendizaje Un análisis desde la etnografía de la educación, Patricia Mata Benito Belén Ballesteros Velázquez Inés Gil Jaurena.

En el marco escolar, según el texto,

- a) la mediación se nos presenta como la aplicación práctica más efectiva para resolver conflictos, llegando a convertirse en un instrumento educativo que favorece la formación completa de los alumnos
- b) la mediación es la forma más concreta para afrontar las diferencias que surgen en el ámbito escolar, dado que hace posible la desaparición de los problemas interpersonales
- c) la mediación resulta ser una medida que facilita la comprensión del otro, pero no resulta eficaz a la hora de resolver problemas reales en las relaciones entre alumnos
- d) la mediación se presenta como el mejor instrumento para medir la conflictividad en el ámbito escolar, sacando a la luz los verdaderos contactos interpersonales entre alumnos

Quesito 8 Domanda E - Lea el siguiente texto y conteste, únicamente sobre la base de lo que ha leído, la siguiente pregunta. Sólo una respuesta es correcta

LA MEDIACIÓN COMO HERRAMIENTA EDUCATIVA

Tanto en la escuela como en el ámbito de la intervención social se ha insistido en la relevancia de la mediación y la resolución de conflictos como instrumentos y herramientas sociopedagógicas para la mejora de la convivencia, la integración y la cohesión social. La concepción escolar tradicional del conflicto, tecnocrática-positivista, lo asocia con lo negativo: en el campo social con el desorden y en el escolar con la falta de disciplina. (...). La pedagogía crítica lo entiende inherente a la vida social, a la escuela y a todo tipo de instituciones, convirtiéndose en un elemento imprescindible para el cambio social y la transformación de las estructuras educativas.

Los modelos de mediación (Harvard, circular narrativo y transformativo) proponen metas distintas: el acuerdo entre partes, la modificación de las relaciones o la transformación de la vida social respectivamente. Las

propuestas mediadoras permiten concebir el conflicto como motor de cambio: "los conflictos aparecen como fecundas oportunidades de crecimiento, y la mediación representa un modo de aprovechar cabalmente tales oportunidades". Este planteamiento permite abordar el empoderamiento del individuo y/o grupo, el reconocimiento del otro y también favorecer la responsabilidad ciudadana y los vínculos sociales. Dentro del marco escolar, la literatura recoge esta doble dimensión: por un lado la mediación es una técnica para gestionar los conflictos, por otro alcanza una dimensión educativa en la que se generan aprendizajes y adquieren competencias, valores, actitudes y conductas que permite construir una cultura de paz y mejorar las relaciones interpersonales y comunitarias. Así, la mediación se vincula a la educación para la paz, uno de cuyos principios es la práctica y profundización de la participación democrática, la cual, junto con la educación en y para la ciudadanía, tendrá una doble intencionalidad: el quehacer comunitario, donde las personas puedan socializarse y participar activa y libremente en la comunidad; y el quehacer cívico, como espacio de convivencias múltiples incluyentes.

Adaptado de "El conflicto como situación de aprendizaje :participación y ciudadanía en un proceso de mediación entre pares", Carlos Peláez Paz en Aprendizaje de la ciudadanía y la participación: Contextos múltiples de socialización y aprendizaje Un análisis desde la etnografía de la educación, Patricia Mata Benito Belén Ballesteros Velázquez Inés Gil Jaurena.

Uno de los principios de la educación para la paz

- a) se apoya en la acción ciudadana que se basa en la labor de la comunidad y en todo aquello que se lleva a cabo en el lugar de reunión de ciudadanos
- b) favorece que la sociedad pueda asociarse libremente en lugares en los que se puedan compartir las experiencias vividas de grupos de ciudadanos socialmente activos
- c) tendrá en cuenta y prestará atención a valores intrínsecos de la educación para extraer ejemplos edificantes que puedan presentarse como modelos participativos
- d) lleva consigo la puesta en marcha del valor primario de los sistemas democráticos que se declinan en favorecer y permitir el encuentro libre y participativo

Domande a risposta multipla - FR

Quesito 7 Domanda A - Lisez le texte et répondez aux questions suivantes en cochant la bonne réponse.

L'expérience de la citoyenneté s'effectue également dans des projets, véritables aventures humaines et collectives, favorisant l'esprit d'initiative et l'ouverture culturelle des élèves. Un grand nombre d'élèves éprouvent des difficultés à s'approprier un projet scolaire, manquent de confiance en eux, ont un rapport stéréotypé et négatif à l'adulte, sont parfois centrés sur eux-mêmes. D'autres éprouvent le besoin de trouver un sens aux apprentissages, de s'exprimer, de se sentir utiles, de prendre part à un projet au sein duquel ils sont directement acteurs.

Au CEPMO, des activités extra-scolaires sont proposées sur le temps scolaire. Il y a cette année 8 projets différents où chaque élève du lycée prend part. Les élèves, comme les enseignants, peuvent proposer un projet à élaborer au cours de l'année. Dans ce dispositif l'enseignant est un accompagnant nécessaire du groupe, à un moment de son travail : il facilite et accompagne la formalisation et la finalisation du projet. Cette année par exemple, un groupe d'élèves et de professeurs du CEPMO participe au projet humanitaire « Mille et Un Fauteuils », dont le but est de rassembler et d'acheminer un maximum de matériel médical, plus précisément des fauteuils roulants, à l'association « Dar Al Bir Wa Alihsane » située à Marrakech qui s'occupe de personnes âgées en situation de dépendance, ainsi que d'enfants en difficulté sociale. Les élèves ont intégré au projet une personne handicapée utilisatrice de l'accueil de jour du foyer Lannelongue, rencontré le Président de la communauté de communes de l'île d'Oléron, échangé avec un ergothérapeute sur la problématique du handicap, pris part au Marché de Noël dans un cadre associatif, contacté des maisons de Retraite pour obtenir de l'aide, etc.... Toutes ces expériences socialisatrices ont un impact dans la construction de l'élève comme citoyen. Ces projets font

vivre aux élèves l'expérience de la citoyenneté. Les élèves sont incités à prendre des initiatives et se rendent compte de l'importance de l'engagement dans le collectif pour mener à bien ceux-ci. Cette expérience humaine participe largement à la formation du citoyen.

www.cafepedagogique.net

Les projets dont il est question dans ce texte ont comme ambition :

- a) D'enseigner les valeurs de la République.
- b) De former les élèves à la vie associative.
- c) De redonner confiance aux élèves.
- d) D'éduquer à la citoyenneté à travers des expériences humaines.

Quesito 7 Domanda B - Lisez le texte et répondez aux questions suivantes en cochant la bonne réponse.

L'expérience de la citoyenneté s'effectue également dans des projets, véritables aventures humaines et collectives, favorisant l'esprit d'initiative et l'ouverture culturelle des élèves. Un grand nombre d'élèves éprouvent des difficultés à s'approprier un projet scolaire, manquent de confiance en eux, ont un rapport stéréotypé et négatif à l'adulte, sont parfois centrés sur eux-mêmes. D'autres éprouvent le besoin de trouver un sens aux apprentissages, de s'exprimer, de se sentir utiles, de prendre part à un projet au sein duquel ils sont directement acteurs.

Au CEPMO, des activités extra-scolaires sont proposées sur le temps scolaire. Il y a cette année 8 projets différents où chaque élève du lycée prend part. Les élèves, comme les enseignants, peuvent proposer un projet à élaborer au cours de l'année. Dans ce dispositif l'enseignant est un accompagnant nécessaire du groupe, à un moment de son travail : il facilite et accompagne la formalisation et la finalisation du projet. Cette année par exemple, un groupe d'élèves et de professeurs du CEPMO participe au projet humanitaire « Mille et Un Fauteuils », dont le but est de rassembler et d'acheminer un maximum de matériel médical, plus précisément des fauteuils roulants, à l'association « Dar Al Bir Wa Alihsane » située à Marrakech qui s'occupe de personnes âgées en situation de dépendance, ainsi que d'enfants en difficulté sociale. Les élèves ont intégré au projet une personne handicapée utilisatrice de l'accueil de jour du foyer Lannelongue, rencontré le Président de la communauté de communes de l'île d'Oléron, échangé avec un ergothérapeute sur la problématique du handicap, pris part au Marché de Noël dans un cadre associatif, contacté des maisons de Retraite pour obtenir de l'aide, etc.... Toutes ces expériences socialisatrices ont un impact dans la construction de l'élève comme citoyen. Ces projets font vivre aux élèves l'expérience de la citoyenneté. Les élèves sont incités à prendre des initiatives et se rendent compte de l'importance de l'engagement dans le collectif pour mener à bien ceux-ci. Cette expérience humaine participe largement à la formation du citoyen.

www.cafepedagogique.net

Qui peut proposer un projet au CEPMO ?

- a) Les élèves et les enseignants.
- b) Seulement les élèves.
- c) Seulement les enseignants.
- d) Des associations.

Quesito 7 Domanda C - Lisez le texte et répondez aux questions suivantes en cochant la bonne réponse.

L'expérience de la citoyenneté s'effectue également dans des projets, véritables aventures humaines et collectives, favorisant l'esprit d'initiative et l'ouverture culturelle des élèves. Un grand nombre d'élèves éprouvent des difficultés à s'approprier un projet scolaire, manquent de confiance en eux, ont un rapport stéréotypé et négatif à l'adulte, sont parfois centrés sur eux-mêmes. D'autres éprouvent le besoin de trouver un sens aux apprentissages, de s'exprimer, de se sentir utiles, de prendre part à un projet au sein duquel ils sont directement acteurs.

Au CEPMO, des activités extra-scolaires sont proposées sur le temps scolaire. Il y a cette année 8 projets différents où chaque élève du lycée prend part. Les élèves, comme les enseignants, peuvent proposer un projet à élaborer au cours de l'année. Dans ce dispositif l'enseignant est un accompagnant nécessaire du groupe, à un moment de son travail : il facilite et accompagne la formalisation et la finalisation du projet. Cette année par exemple, un groupe d'élèves et de professeurs du CEPMO participe au projet humanitaire « Mille et Un Fauteuils », dont le but est de rassembler et d'acheminer un maximum de matériel médical, plus précisément des fauteuils roulants, à l'association « Dar Al Bir Wa Alihsane » située à Marrakech qui s'occupe de personnes âgées en situation de dépendance, ainsi que d'enfants en difficulté sociale. Les élèves ont intégré au projet une personne handicapée utilisatrice de l'accueil de jour du foyer Lannelongue, rencontré le Président de la communauté de communes de l'île d'Oléron, échangé avec un ergothérapeute sur la problématique du handicap, pris part au Marché de Noël dans un cadre associatif, contacté des maisons de Retraite pour obtenir de l'aide, etc.... Toutes ces expériences socialisatrices ont un impact dans la construction de l'élève comme citoyen. Ces projets font vivre aux élèves l'expérience de la citoyenneté. Les élèves sont incités à prendre des initiatives et se rendent compte de l'importance de l'engagement dans le collectif pour mener à bien ceux-ci. Cette expérience humaine participe largement à la formation du citoyen.

www.cafepedagogique.net

De qui s'occupe principalement le projet humanitaire « Mille et Un fauteuils » ?

- a) De retraités.
- b) De jeunes mères isolées.
- c) Des utilisateurs du foyer Lannelongue.
- d) D'adultes marocains en situation d'handicap.

Quesito 7 Domanda D - Lisez le texte et répondez aux questions suivantes en cochant la bonne réponse.

L'expérience de la citoyenneté s'effectue également dans des projets, véritables aventures humaines et collectives, favorisant l'esprit d'initiative et l'ouverture culturelle des élèves. Un grand nombre d'élèves éprouvent des difficultés à s'approprier un projet scolaire, manquent de confiance en eux, ont un rapport stéréotypé et négatif à l'adulte, sont parfois centrés sur eux-mêmes. D'autres éprouvent le besoin de trouver un sens aux apprentissages, de s'exprimer, de se sentir utiles, de prendre part à un projet au sein duquel ils sont directement acteurs.

Au CEPMO, des activités extra-scolaires sont proposées sur le temps scolaire. Il y a cette année 8 projets différents où chaque élève du lycée prend part. Les élèves, comme les enseignants, peuvent proposer un projet à élaborer au cours de l'année. Dans ce dispositif l'enseignant est un accompagnant nécessaire du groupe, à un moment de son travail : il facilite et accompagne la formalisation et la finalisation du projet. Cette année par exemple, un groupe d'élèves et de professeurs du CEPMO participe au projet humanitaire « Mille et Un Fauteuils », dont le but est de rassembler et d'acheminer un maximum de matériel médical, plus précisément des fauteuils roulants, à l'association « Dar Al Bir Wa Alihsane » située à Marrakech qui s'occupe de personnes âgées en situation de dépendance, ainsi que d'enfants en difficulté sociale. Les élèves ont intégré au projet une personne handicapée utilisatrice de l'accueil de jour du foyer Lannelongue, rencontré le Président de la communauté de communes de l'île d'Oléron, échangé avec un ergothérapeute sur la problématique du handicap, pris part au Marché de Noël dans un cadre associatif, contacté des maisons de Retraite pour obtenir de l'aide, etc.... Toutes ces expériences socialisatrices ont un impact dans la construction de l'élève comme citoyen. Ces projets font vivre aux élèves l'expérience de la citoyenneté. Les élèves sont incités à prendre des initiatives et se rendent

compte de l'importance de l'engagement dans le collectif pour mener à bien ceux-ci. Cette expérience humaine participe largement à la formation du citoyen.

www.cafepedagogique.net

Quelle est l'action principale de ce projet humanitaire?

- a) Faire prendre conscience aux élèves de la problématique du handicap.
- b) Envoyer des fauteuils roulants et du matériel médical à Marrakech.
- c) Organiser des Marchés de Noël.
- d) Rapprocher de jeunes adolescents et des personnes âgées.

Quesito 7 Domanda E - Lisez le texte et répondez aux questions suivantes en cochant la bonne réponse.

L'expérience de la citoyenneté s'effectue également dans des projets, véritables aventures humaines et collectives, favorisant l'esprit d'initiative et l'ouverture culturelle des élèves. Un grand nombre d'élèves éprouvent des difficultés à s'approprier un projet scolaire, manquent de confiance en eux, ont un rapport stéréotypé et négatif à l'adulte, sont parfois centrés sur eux-mêmes. D'autres éprouvent le besoin de trouver un sens aux apprentissages, de s'exprimer, de se sentir utiles, de prendre part à un projet au sein duquel ils sont directement acteurs.

Au CEPMO, des activités extra-scolaires sont proposées sur le temps scolaire. Il y a cette année 8 projets différents où chaque élève du lycée prend part. Les élèves, comme les enseignants, peuvent proposer un projet à élaborer au cours de l'année. Dans ce dispositif l'enseignant est un accompagnant nécessaire du groupe, à un moment de son travail : il facilite et accompagne la formalisation et la finalisation du projet. Cette année par exemple, un groupe d'élèves et de professeurs du CEPMO participe au projet humanitaire « Mille et Un Fauteuils », dont le but est de rassembler et d'acheminer un maximum de matériel médical, plus précisément des fauteuils roulants, à l'association « Dar Al Bir Wa Alihsane » située à Marrakech qui s'occupe de personnes âgées en situation de dépendance, ainsi que d'enfants en difficulté sociale. Les élèves ont intégré au projet une personne handicapée utilisatrice de l'accueil de jour du foyer Lannelongue, rencontré le Président de la communauté de communes de l'île d'Oléron, échangé avec un ergothérapeute sur la problématique du handicap, pris part au Marché de Noël dans un cadre associatif, contacté des maisons de Retraite pour obtenir de l'aide, etc.... Toutes ces expériences socialisatrices ont un impact dans la construction de l'élève comme citoyen. Ces projets font vivre aux élèves l'expérience de la citoyenneté. Les élèves sont incités à prendre des initiatives et se rendent compte de l'importance de l'engagement dans le collectif pour mener à bien ceux-ci. Cette expérience humaine participe largement à la formation du citoyen.

www.cafepedagogique.net

Une des affirmations suivantes est fausse. Laquelle ?

- a) Les élèves se rendent compte, à travers ces projets, de la nécessité du collectif pour mener à bien un projet.
- b) Les élèves sont allés à Marrakech avec le projet « Mille et un fauteuils » pour y amener des fauteuils roulants.
- c) Les élèves ont eu la possibilité de parler avec un professionnel de santé sur la problématique du handicap.
- d) Les expériences de socialisation participent de la construction de l'élève comme citoyen.

Quesito 8 Domanda A - Lisez le texte et répondez aux questions suivantes en cochant la bonne réponse.

"En France, près de 28 % des jeunes adultes (âgés de 15 à 34 ans) y sont soit nés à l'étranger, soit issus d'au moins un parent immigré, ce qui est proche de la moyenne des pays de l'OCDE (27%) et peu éloigné de la moyenne de l'Union européenne (24%)", rappelle l'OCDE. Pourtant, "la difficulté à intégrer les enfants issus de milieux défavorisés y est plus nette que dans la plupart des pays de l'OCDE et se traduit par de piètres résultats chez les enfants immigrés et issus de l'immigration qui sont surreprésentés dans ce groupe: 41% des élèves immigrés éprouvent des difficultés de compréhension de l'écrit contre seulement 26% en moyenne dans les pays de l'OCDE... Un quart des jeunes de 15-24 ans sortis du système scolaire sans diplôme sont des enfants d'immigrés nés en France, alors qu'ils représentent une personne sur cinq dans cette classe d'âge". Une situation particulière à la France. Les données OCDE montrent que dans d'autres pays les immigrés ont d'aussi bons résultats que les jeunes autochtones, voire parfois meilleurs.

L'étude de l'OCDE pointe en particulier 4 mesures pour remédier à cette situation : "réduire significativement la taille des classes dans les établissements difficiles pour favoriser la mise en place d'une pédagogie différenciée et permettre ainsi une plus grande individualisation de l'enseignement"; "développer des politiques plus incitatives afin d'attirer des enseignants plus expérimentés et mieux formés dans les établissements difficiles"; "renforcer les dispositifs visant à nouer des liens entre les familles et écoles" et "soutenir les élèves et les établissements défavorisés". D'autres mesures concernent la politique d'immigration comme par exemple "éviter de retarder le regroupement familial des jeunes enfants pour qu'ils puissent avoir accès à l'enseignement préscolaire au même titre que les enfants nés dans le pays".

L'école française et les jeunes immigrés, www.café.pédagogique.net

Le sujet principal abordé dans ce texte est :

- a) Le système scolaire français.
- b) L'immigration en France.
- c) Le système universitaire français.
- d) L'intégration des immigrés en France.

Quesito 8 Domanda B - Lisez le texte et répondez aux questions suivantes en cochant la bonne réponse.

"En France, près de 28 % des jeunes adultes (âgés de 15 à 34 ans) y sont soit nés à l'étranger, soit issus d'au moins un parent immigré, ce qui est proche de la moyenne des pays de l'OCDE (27%) et peu éloigné de la moyenne de l'Union européenne (24%)", rappelle l'OCDE. Pourtant, "la difficulté à intégrer les enfants issus de milieux défavorisés y est plus nette que dans la plupart des pays de l'OCDE et se traduit par de piètres résultats chez les enfants immigrés et issus de l'immigration qui sont surreprésentés dans ce groupe: 41% des élèves immigrés éprouvent des difficultés de compréhension de l'écrit contre seulement 26% en moyenne dans les pays de l'OCDE... Un quart des jeunes de 15-24 ans sortis du système scolaire sans diplôme sont des enfants d'immigrés nés en France, alors qu'ils représentent une personne sur cinq dans cette classe d'âge". Une situation particulière à la France. Les données OCDE montrent que dans d'autres pays les immigrés ont d'aussi bons résultats que les jeunes autochtones, voire parfois meilleurs.

L'étude de l'OCDE pointe en particulier 4 mesures pour remédier à cette situation : "réduire significativement la taille des classes dans les établissements difficiles pour favoriser la mise en place d'une pédagogie différenciée et permettre ainsi une plus grande individualisation de l'enseignement"; "développer des politiques plus incitatives afin d'attirer des enseignants plus expérimentés et mieux formés dans les établissements difficiles"; "renforcer les dispositifs visant à nouer des liens entre les familles et écoles" et "soutenir les élèves et les établissements défavorisés". D'autres mesures concernent la politique d'immigration comme par exemple "éviter de retarder le regroupement familial des jeunes enfants pour qu'ils puissent avoir accès à l'enseignement préscolaire au même titre que les enfants nés dans le pays".

L'école française et les jeunes immigrés, www.café.pédagogique.net

En France, le nombre de jeunes adultes immigrés ou issus de l'immigration est :

- a) Beaucoup plus élevé par rapport à la moyenne des Pays de l'OCDE et de l'Union européenne.
- b) Proche de la moyenne des Pays de l'OCDE et de l'Union européenne.
- c) Très éloigné de la moyenne des Pays de l'OCDE et de l'Union européenne.
- d) Inférieur par rapport à la moyenne des Pays de l'OCDE et de l'Union européenne.

Quesito 8 Domanda C - Lisez le texte et répondez aux questions suivantes en cochant la bonne réponse.

"En France, près de 28 % des jeunes adultes (âgés de 15 à 34 ans) y sont soit nés à l'étranger, soit issus d'au moins un parent immigré, ce qui est proche de la moyenne des pays de l'OCDE (27%) et peu éloigné de la moyenne de l'Union européenne (24%)", rappelle l'OCDE. Pourtant, "la difficulté à intégrer les enfants issus de milieux défavorisés y est plus nette que dans la plupart des pays de l'OCDE et se traduit par de piètres résultats chez les enfants immigrés et issus de l'immigration qui sont surreprésentés dans ce groupe: 41% des élèves immigrés éprouvent des difficultés de compréhension de l'écrit contre seulement 26% en moyenne dans les pays de l'OCDE... Un quart des jeunes de 15-24 ans sortis du système scolaire sans diplôme sont des enfants d'immigrés nés en France, alors qu'ils représentent une personne sur cinq dans cette classe d'âge". Une situation particulière à la France. Les données OCDE montrent que dans d'autres pays les immigrés ont d'aussi bons résultats que les jeunes autochtones, voire parfois meilleurs.

L'étude de l'OCDE pointe en particulier 4 mesures pour remédier à cette situation : "réduire significativement la taille des classes dans les établissements difficiles pour favoriser la mise en place d'une pédagogie différenciée et permettre ainsi une plus grande individualisation de l'enseignement"; "développer des politiques plus incitatives afin d'attirer des enseignants plus expérimentés et mieux formés dans les établissements difficiles"; "renforcer les dispositifs visant à nouer des liens entre les familles et écoles" et "soutenir les élèves et les établissements défavorisés". D'autres mesures concernent la politique d'immigration comme par exemple "éviter de retarder le regroupement familial des jeunes enfants pour qu'ils puissent avoir accès à l'enseignement préscolaire au même titre que les enfants nés dans le pays".

L'école française et les jeunes immigrés, www.café.pédagogique.net

Selon les statistiques, en France :

- a) Les enfants immigrés et issus de l'immigration ont de bons résultats à l'école.
- b) Les enfants immigrés et issus de l'immigration ont de meilleurs résultats à l'école que les jeunes autochtones.
- c) Les enfants immigrés et issus de l'immigration ont de mauvais résultats à l'école.
- d) Les enfants immigrés et issus de l'immigration ont les mêmes résultats à l'école que les jeunes autochtones.

Quesito 8 Domanda D - Lisez le texte et répondez aux questions suivantes en cochant la bonne réponse.

"En France, près de 28 % des jeunes adultes (âgés de 15 à 34 ans) y sont soit nés à l'étranger, soit issus d'au moins un parent immigré, ce qui est proche de la moyenne des pays de l'OCDE (27%) et peu éloigné de la moyenne de l'Union européenne (24%)", rappelle l'OCDE. Pourtant, "la difficulté à intégrer les enfants issus de milieux défavorisés y est plus nette que dans la plupart des pays de l'OCDE et se traduit par de piètres résultats chez les enfants immigrés et issus de l'immigration qui sont surreprésentés dans ce groupe: 41% des élèves immigrés éprouvent des difficultés de compréhension de l'écrit contre seulement 26% en moyenne dans les pays de l'OCDE... Un quart des jeunes de 15-24 ans sortis du système scolaire sans diplôme sont des enfants

d'immigrés nés en France, alors qu'ils représentent une personne sur cinq dans cette classe d'âge". Une situation particulière à la France. Les données OCDE montrent que dans d'autres pays les immigrés ont d'aussi bons résultats que les jeunes autochtones, voire parfois meilleurs.

L'étude de l'OCDE pointe en particulier 4 mesures pour remédier à cette situation : "réduire significativement la taille des classes dans les établissements difficiles pour favoriser la mise en place d'une pédagogie différenciée et permettre ainsi une plus grande individualisation de l'enseignement"; "développer des politiques plus incitatives afin d'attirer des enseignants plus expérimentés et mieux formés dans les établissements difficiles"; "renforcer les dispositifs visant à nouer des liens entre les familles et écoles" et "soutenir les élèves et les établissements défavorisés". D'autres mesures concernent la politique d'immigration comme par exemple "éviter de retarder le regroupement familial des jeunes enfants pour qu'ils puissent avoir accès à l'enseignement préscolaire au même titre que les enfants nés dans le pays".

L'école française et les jeunes immigrés, www.café.pédagogique.net

Cette étude de l'OCDE montre que :

- a) En France, les élèves immigrés ont beaucoup de difficultés de compréhension de l'écrit.
- b) Dans tous les pays de l'OCDE, y compris en France, tous les élèves ont de bons résultats scolaires.
- c) Dans tous les pays de l'OCDE, sauf en France, tous les élèves ont beaucoup de difficultés de compréhension de l'écrit.
- d) En France, les élèves immigrés n'ont pas de difficultés de compréhension de l'écrit.

Quesito 8 Domanda E - Lisez le texte et répondez aux questions suivantes en cochant la bonne réponse.

"En France, près de 28 % des jeunes adultes (âgés de 15 à 34 ans) y sont soit nés à l'étranger, soit issus d'au moins un parent immigré, ce qui est proche de la moyenne des pays de l'OCDE (27%) et peu éloigné de la moyenne de l'Union européenne (24%)", rappelle l'OCDE. Pourtant, "la difficulté à intégrer les enfants issus de milieux défavorisés y est plus nette que dans la plupart des pays de l'OCDE et se traduit par de piètres résultats chez les enfants immigrés et issus de l'immigration qui sont surreprésentés dans ce groupe: 41% des élèves immigrés éprouvent des difficultés de compréhension de l'écrit contre seulement 26% en moyenne dans les pays de l'OCDE... Un quart des jeunes de 15-24 ans sortis du système scolaire sans diplôme sont des enfants d'immigrés nés en France, alors qu'ils représentent une personne sur cinq dans cette classe d'âge". Une situation particulière à la France. Les données OCDE montrent que dans d'autres pays les immigrés ont d'aussi bons résultats que les jeunes autochtones, voire parfois meilleurs.

L'étude de l'OCDE pointe en particulier 4 mesures pour remédier à cette situation : "réduire significativement la taille des classes dans les établissements difficiles pour favoriser la mise en place d'une pédagogie différenciée et permettre ainsi une plus grande individualisation de l'enseignement"; "développer des politiques plus incitatives afin d'attirer des enseignants plus expérimentés et mieux formés dans les établissements difficiles"; "renforcer les dispositifs visant à nouer des liens entre les familles et écoles" et "soutenir les élèves et les établissements défavorisés". D'autres mesures concernent la politique d'immigration comme par exemple "éviter de retarder le regroupement familial des jeunes enfants pour qu'ils puissent avoir accès à l'enseignement préscolaire au même titre que les enfants nés dans le pays".

L'école française et les jeunes immigrés, www.café.pédagogique.net

Parmi les mesures proposées par l'OCDE, il y a :

- a) Le recrutement de jeunes enseignants dans les établissements difficiles.
- b) Réduire la taille des classes dans les établissements difficiles.
- c) L'augmentation des salaires des enseignants expérimentés.

d) La formation de classes de niveau.